

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bezugsgeld),
bei Aufwendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Staning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Bremenerstraße 11, 1. Etage.

Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Zeitzeile über deren Raum 80 q.
Zeitung-Preisliste Nr. 3124.

Inhalt: Zehn Jahre Centralorganisation. — Wirtschaftliche Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausschreitungen, Maßregelungen. — Berksammlungen und sonstige Bewegung. — Zum Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc. — Gewerblische Rechtsfragen und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefstellen. — Centralbanknoten. — Centralverband der Maurer. — Abrechnung des Centralverbandes für das erste Quartal. — Outing. — Anzeigen.

erwähnte Agitationskommission, die hier in Hamburg ihren Sitz hatte, richtete. Damit nahm die Herausbildung des Gegensatzes zwischen Centralisation und Lokalorganisation, der heute noch nicht überwunden ist, ihren Anfang. Wir sehen davon ab, im Rahmen dieser Ausführungen einzugehen auf die höchst unerquicklichen Streitigkeiten, die dieser Gegensatz mit sich brachte. Unentwegt führten die Vertreter der Centralisations-Idee fort, für diese Idee Propaganda zu machen, und zwar mit stetig wachsendem Erfolg. Die Logik der Thatsachen, welche die organisatorische Zusammenfassung aller Kräfte unter einheitlicher Leitung gebot, stand ihnen mächtig födernd zur Seite.

An die Stelle der Agitationskommission trat auf Beschluss des im Februar im Jahre 1889 in Halle tagenden 6. Maurerkongresses eine „Gesellschaftsleitung der Maurer Deutschlands“ mit dem Sitz in Hamburg. Das war wiederum ein nicht unerheblicher Schritt vorwärts zur Verwirklichung der Centralisations-Idee. Auf dem folgenden Maurerkongress in Erfurt im Jahre 1890 wurde diese Verwirklichung ganz ohne Zweifel erfolgt sein, wenn ihr nicht schwer wiegende Bedenken wegen des Sozialistengesetzes entgegengestanden hätten. Aber die Idee erfuhr sofort nach dem Fall des Sozialistengesetzes eine neue außerordentliche Ausbreitung und Kraftigung. Im November 1890 trat in Berlin eine Konferenz bewährter Gewerkschaftsführer zusammen, die folgende Resolution beschloß:

„In Erwägung, daß die lokale Organisationsform den heutigen Produktionsverhältnissen nicht mehr entspricht, die wirtschaftliche Notlage der Arbeiter vielmehr die Zusammenfassung aller Kräfte dringend erfordert, erklärt die Konferenz die zentralistische Organisationsform als die zur Zeit allein richtige. Die Konferenz empfiehlt daher allen bestehenden Verbänden, sich der bestehenden Centralisation anzuschließen.“

Kurz zuvor hatte der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Halle a. d. S. sich durchaus in demselben Sinne ausgesprochen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes stand nichts mehr im Wege, an die definitive Gründung des Centralverbandes der Maurer heranzutreten. Wie schon eingangs erwähnt, erfolgte dieselbe nach Maßgabe des Beschlusses des achten Maurerkongresses in Gotha 1891, mit der Bestimmung, daß die seitliger Geschäftsführung der Maurer Deutschlands sich aufzulösen und von den ihrer Verwaltung unterstehenden Fonds sofort eine einheitliche Summe dem Vorstand des Verbandes zu überweisen habe. Auf diesem Kongress waren 79 088 anwesende, davon 23 811 organisierte Maurer durch 104 Delegierte (darunter nur zwei aus Süddeutschland, Nürnberg und Stuttgart) vertreten. Der Beschluß der Gründung des Verbandes wurde mit 94 gegen 8 Stimmen gefasst.

In unmittelbarem Anschluß an den Kongress fand die konstituierende Verbandsversammlung statt, die ihre Arbeit in drei Tagen, vom 13. bis 15. Mai, erledigte. Diese Arbeit bestand selbstverständlich ausschließlich in der Verabsichtung und Feststellung des Verbandsstatuts und in der Wahl des Verbandsvorstandes. Einige Schwierigkeit machte lediglich die Vereinbarung über die Höhe der Beiträge. Diese Frage war ja später noch öfter in Mitgliedschaften und auf den Verbandstagen Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen. Der Ansicht, daß die Beiträge möglichst niedrig zu bemessen seien, stand die richtige Ansicht gegenüber, daß eine gewerkschaftliche Kampforganisation, an die stetig sich steigernde finanzielle Ansprüche gestellt werden, selbstverständlich ihre Mitglieder auch zu den entsprechenden Beiträgen verpflichten muß, um jeder Zeit fahnpflichtig zu bleiben. Kein Erfolg ohne Opfer! Diese richtigere Ansicht ist ja denn auch, wie wir mit

Genugtuung konstatieren können, im Verlaufe der letzten Jahre unter dem Eindruck der stetig wachsenden, sich verallgemeinernden und verschärfenden Kämpfe, durchaus zur Geltung gelangt im Verbande; es oppozieren ihr höchstens noch vereinzelte Mitglieder.

Werfen wir nun einen Blick auf die Entwicklung unseres Verbandes. Am Schluss des Jahres der Gründung, 1891, zählten wir 12 523 Mitglieder in 129 Zählstellen, die bis auf Nord- und Mitteldeutschland entfielen. Im Jahre 1892 stieg die Zahl der Mitgliedschaften auf 159, während die Mitgliederzahl zwischen 13 498 und 11 842 wechselte. Weiterhin war die Mitgliederbewegung folgende:

1893: 163	Zählstellen mit durchschnittlich 12 000 Mitgliedern
1894: 187	12 500
1895: 235	15 000
1896: 356	27 000
1897: 520	45 000
1898: 725	65 170
1899: 819	74 584
1900: 886	82 984

Im Verlaufe des zehnjährigen Bestehens unseres Verbandes hat sich also sowohl die Zahl der Mitgliedschaften wie die der Mitglieder um nahezu das **Siebenfache vermehrt**. Die Übereinstimmung der Vermehrung beider Zahlen, sowie der Umstand, daß diese Vermehrung keine sprunghaft, sondern eine durchaus stetige gewesen ist, wie ferner die Thatsache, daß die Schwankungen in der Mitgliederzahl lediglich solche sind, welche durch den Ab- und Zugang von Arbeitskräften bedingt werden, berechtigen uns zu der Behauptung, daß sich die Entwicklung unseres Verbandes in absolut geunder Weise vollzogen hat und damit eine sichere Grundlage für eine weitere erfreuliche Entwicklung gewonnen worden ist.

Freilich umfaßt unsere Organisation immer noch nur erst kaum den dritten Theil aller Berufen, die für diese Organisation in Betracht zu ziehen sind. Und doch ist das erzielte Resultat in Abetracht der gewaltigen Schwierigkeiten mit denen wir zu rechnen haben, als ein verhältnismäßig hoch befriedigendes zu bezeichnen. Man bedenke nur die frivole und rücksichtslose Art, mit der das organisierte Unternehmertum in stetig wachsendem Maße unseren Verband bekämpft hat; das terroristische System, mit dem insbesondere die Baugewerkszünfte die Jahre hindurch bemüht waren, den Fortstart unseres Verbandes entgegen zu wirken, ihn dem „Zerfall“ zu überantworten. Dazu kommt, daß wir auch seitens der Behörden uns des Gegenteils von Wohlwollen zu erfreuen hatten; ja, daß Behörden nicht selten mit den Unternehmern gemeinsame Sache gegen unsere berechtigten Bestrebungen gemacht haben. Hauptfächlich mit gegen den Centralverband der Maurer ist die bekannte Rückhausgefeckvorlage gerichtet gewesen, die der deutschen Arbeiterklasse die Ausübung ihres Koalitionsrechtes unmöglich machen sollte.

Aber allem entgegenstehenden mächtigen Einfluß zum Trotz sind wir auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes im Verlaufe eines Jahrzehnts eine Macht geworden, mit der die Unternehmertum in erstaunlichster Weise sich abgefunden hat — eine Macht, die von der Gegenschaft respektiert werden muß. Das ergibt sich nicht nur aus der Vermehrung unserer Zählstellen und unserer Mitgliederzahl, sondern noch deutlicher aus unseren Abrechnungen. Im Jahre 1891 rechneten wir mit einer Einnahme von rund M. 50 000 und einer Ausgabe von rund M. 25 000. Beide Posten sind stetig gewachsen, so daß wir im Rechnungsjahr 1900 eine Einnahme von M. 1 264 062 und eine Ausgabe von M. 868 854 zu verzeichnen hatten. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß seit 1899 das Verbandsorgan, „Der Grundstein“, dessen Herstellungskosten sich im Jahre

Zehn Jahre Centralorganisation.

Am 1. Juli d. J. waren zehn Jahre verflossen seit der Konstituierung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, dessen Gründung vom 8. Kongress der Maurer Deutschlands zu Gotha im Mai 1891 beschlossen worden war. Bis dahin war die Organisation unserer Berufsgenossen eine sehr schwache und mangelhafte, die nach keiner Richtung hin zu befriedigen vermochte und deshalb vom Unternehmertum nicht sonderlich respektiert wurde. Unter der zwöljhähigen Herrschaft des Sozialistengesetzes, die 1890 ihr Ende erreichte, konnte von einer irgendwie nennenswerten selbstständigen gewerkschaftlichen Organisation auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung keine Rede sein. Dieses Ausnahmegesetz wurde von den öffentlichen Gewalten durchaus im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung nicht nur Unterdrückung der politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse benötigt, nein, es diente auch dazu, den Arbeitern die gewerkschaftliche Organisation und Kämpf, den wirtschaftlichen Kampf gegen das Unternehmertum, die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen. Auch die Bestrebungen dieser Art wurden zu „gemeinfährlichen“, auf den „Umfurz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ berechnet. Wie die Arbeiterkraft anderer Berufe, so mußten auch die Maurer sich mit diesem schlimmen Zustande abfinden, so gut es irgend gehen wollte. Der Geist der Solidarität und aus ihm resultierend die Organisationsbestrebungen machten trotz des ungeheuren ausnahmegerügelten Druckes fortgesetzt sich geltend. Sie hatten wenigstens den Erfolg, daß hier und da, so in Berlin, Hamburg, Leipzig, Hannover, Frankfurt a. M. und anderen Großstädten, lokale Organisationen der Maurer, sogenannte „Fachvereine“, gegündet wurden, in denen sich jedoch alsbald der Centralisations-Gedanke geltend machte und stetig an Kraft gewann. Bereits im Jahre 1883 bestand der Plan, eine Centralisation der Maurer in's Werk zu ziehen und zu diesem Zwecke einen Kongress der Maurer Deutschlands einzuberufen. Derselbe kam im Frühjahr 1884 in Berlin zu Stande; jedoch mußte er entsprechend den mißlichen Verhältnissen von der Verwirklichung der Centralisationsidee absehen und sich darauf beschränken, die Fachvereins-Organisation zu fördern. Auch die Kongresse der folgenden sechs Jahre vermochten die Centralisationsfrage nicht zur Entscheidung zu bringen, bemühten sich aber nach Kräften, den solidarischen Zusammenschluß der Berufsgenossen für die Zwecke des Kampfes zu stärken. Der dritte Kongress, welcher im März 1886 in Dresden stattfand, machte im Sinne der Centralisation einen Fortschritt, dabin, daß er eine Agitationskommission einsetzte mit der Aufgabe: „Alle Angelegenheiten der Maurer Deutschlands in Bezug auf Organisation, Agitation, Streitangelegenheiten usw. zu regeln und in dieser Hinsicht im Sinne des Kongresses thätig zu sein.“

Nunmehr aber traten Verhältnisse ein, die leider nur zu sehr geeignet waren, die gewerkschaftliche Bewegung der Maurer zu schwächen. Von Berlin ausgehend, traten separatistische Bestrebungen in's Spiel, die in völlig unberechtigter Weise sich gegen die vor-

1900 auf nahezu M. 92 000 beliefen, den Mitgliedern gratis geliefert wird. Der Hauptteil der Ausgaben entfällt natürlich auf Streiks und Agitation, sowie daran auf das Verbandsorgan, die Reise- und Gemahregeltenunterstützung. Die Verbandsleitung hatte während der zehn Jahre Stellung zu nehmen zu etwa 2500 Lohnbewegungen und Streiks, von denen auf die Jahre 1899 und 1900 allein 519 entfallen. Eine eingehende Übersicht über diese Lohnbewegungen und Streiks, sowie über ihre Resultate hier zu geben, würde uns zu weit führen; es sei nur ganz allgemein bemerkt, daß diese Resultate im Verhältnis zu den aufgewandten Opfern als befriedigende erachtet werden können. Zu sehr vielen Orten ist eine mehr oder weniger erhebliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit usw. durch friedliche Vereinbarung oder durch Streik erzielt worden, wobei eine günstige Konjunktur allerdings mit ausschlaggebend gewesen ist.

Alles in Allem dürfen wir mit Genugthuung konstatieren, daß unter Verband in Erfüllung seiner wichtigen Aufgaben, die wirtschaftlichen Interessen der Maurer gegenüber dem Unternehmerthum zu wahren, die Lebenhaltung der Verbandsgenossen zu heben und die Ehre und Würde, das Recht und die Freiheit derselben gegen kapitalistischen Absolutismus zu verteidigen, sich bewährt hat.

Möge dieses Bewußtsein dazu beitragen, daß alle unsere Mitglieder immer mehr es als ihre heilige Pflicht erachten, für die Interessen des Verbandes, die gleichbedeutend sind mit den Interessen der gesammten Maurerschaft Deutschlands, allezeit und unablässig mutig und opferfreudig einzutreten. Keine Gleichgültigkeit, kein seiges Sogern und kein Ermatzen! Unser Parole sei und bleibt: Vorwärts im Geiste der Wahrheit und Gerechtigkeit! Wie seither so fortan durch immer neuen Kampf, zu immer neuen Siegen!

Wirtschaftliche Rundschau.

(Von Max Schipper im "Correspondenzblatt der Generalkommission".)

Ausbreitung des Krachs auf Gründungsbanken und Elektrizität. — Die Entwicklung und Eigenart der Elektrizitätsindustrie. — Schwarze Tage an der Börse. — Kohlenindustrie und Minister Möller. — Andere Syndikate. — Arbeitsmarkt.

Der Optimismus, den besonders die Börsenpreise immer wieder zu beleben versucht, hat in dem verflossenen Monat die denkwürdigsten Schläge erhalten.

Um 18. Mai nahmen die stolzen Beiträge des Untersuchungsausschusses die beiden Direktoren der *Pommerschen Hypothekenbank* auf, die sich selber lange Zeit als "Hofbank Ihrer Majestät der Kaiserin" bei einem hohen Abel und verdientes Publizum in Empfehlung gebracht hatte. Die Verhafteten sollen gegen die §§ 312 und 314 des Handelsgesetzbuchs verhont haben, die Gefangenandrohung, wennemand im Vorland oder Aufmarschabsicht zum Nachtheile der Gesellschaft handelt" oder, in Darstellungen, Überichten über den Vermögensstand der Gesellschaft oder in den in der Generalversammlung gehaltenen Vorträgen, den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwohl darstellend oder verschleiert. Auf der Generalversammlung einer der Tochtergesellschaften, nämlich der *Weidlinger Strelitz'schen Hypothekenbank*, kam es gleich darauf ebenfalls zu recht unliebsamen Enthüllungen, so daß große Gelbstimme, wie die Deutsche Bank (weiland des Herrn Siemens), eine recht schone und sicherlich auch recht dankbare "Sanierungs"aufgabe vor sich sah — wie überhaupt das "Sanieren" heute in der Zeit des Niederganges von manchen Banken ebenso gewöhnlich ausgelobt wird, wie seinerzeit während des Aufschwunges des Gründen und Erweitern. Für die Banken, die in der Zeit der allgemeinen Not und Depression kapitalstark und unternehmungslustig geblieben sind, ist sogar das Sanieren oft die einträglichste Tätigkeit.

Insek nicht alle Banken sind zu hohen Zielen berufen. Das hat der Zusammenbruch der *Dresdener Kreditanstalt* für Handel und Industrie klarlich erwiesen; damit ist zugleich die erste größere Gründungsbank in den Strug ihrer industriellen Schöpfungen mit eineingerissen worden. Die Kreditanstalt hatte bis in die Mitte des 90er Jahren vorausweise als Bergwerksgesellschaft fungirt. Dabei hatte sie seine Seite gepohten, dagegen nahm sie nach dem Verlauf ihres böhmischen Bergwerksbesitzes und dem Übergang zur "Industrieberichtung" einen ziemlichen Aufschwung; wenigstens wurden 1896 bis 1899 9 p.M. Dividende verteilt, und auch für 1900 konnte die Dividende auf 7 p.M. festgelegt werden. Jedoch hatte das Institut zuletzt nicht nur fast sein gesamtes Kapital und seine Reserven in den Affären der von ihm in großer Zahl gegründeten industriellen Gesellschaften verloren, es hatte dieser Gesellschaften auch bedeutende Kredite eingetroffen, die es selber wiederum nur mühsam mit Hilfe ausgedehnter Wechseltransaktionen aufrecht erhalten konnte. Sowie sich bei diesen industriellen Pfeilgängen und Sprünglingen nicht mehr Alles glatt abwickelte, mußte der Rückenschlag auch die Kreditanstalt treffen — um so schwerer, als der Bank bei den ersten schwunten Nachrichten über ihre industriellen Schwierigkeiten, als gerade in der Zeit des größten Kreditbedarfs, die bisherigen Kredite entzogen wurden, bis schließlich am 11. und 12. Juni der Anfang auf ihre Kasse so groß war, daß die Polizei die Ordnung aufrecht erhalten mußte — natürlich die Ordnung im Publizum, denn gegen die Ordnung in der Bank selber vermochte sogar eine königlich sächsische Polizei nichts ausrichten. Heute, am 22. Juni, stehen die Aktien der Bank mit 20 im Berliner Kurssiel, obwohl ein Garantienfonds von Großbritannien 6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat, um die Bankei nicht über das Maß des Extraktions hinauswachsen zu lassen.

Noch charakteristischer für das innerliche Fortschreiten des wirtschaftlichen Verzerrungsprozesses ist aber, daß die Katastrophe der Dresdener Kreditanstalt ihren Ausgang von der Elektrizitätsindustrie nahm. Der größte Aktiengesell und die größten Darlehen der Kreditanstalt betrafen die Aktiengesellschaft Elektrizitätswerke (vorm. O. & C. Kummer & Co.). In Dresden, deren Vorland sich Mitte Juni genögt sah, den Konkurs zu erklären. Auch hier stehen natürlich schon die großen kapitalistischen elektrischen Dienstunternehmungen bereit, die verdeckte Unternehmung zu verfolgen. Aber bei dem einen Krach wird es in der Elektrizitätsbranche nicht bleiben und es direkt daher angebracht sein, einen Rückblick auf die Entwicklung dieses Industriezweiges zu werfen, denn eins, vor Alem in Deutschland, eine ununterbrochene Aufzählnahme von Erfolg zu Erfolg beschreitet zu sein scheint.

Auf allen Seiten herbor. Das Schätz der Tochtergründungen und der Bündesgenossen von der hohen Finanz wirkt mit unmittelbarer Kraft auch auf die Zentralmacht zurück. Katastrophen können hier eine bisher ungekannte Ausdehnung gewinnen.

Darum war wohl auch der Eindruck des Dresdener Bankbruches an der Börse ein so großer. Die Kreditanstalt war eine eigentliche Elektrizitätsbank. Ihr Börsengehub, die Elektrizitätswerke, vormals Kummer, hat ebenfalls fleißig Tochterunternehmungen für allerlei Anwendungen der Elektrizität gegründet. Der Krach hat in der That mit flatternden Fäden seinen Einzug in ein Gebiet gehalten, das seinem Anwachsen trocken zu können scheint und das nun um so gefährdet erscheint, als mancher andere Industriezweig.

Auch sonst hat die Börse im verflossenen Berichtsmonat schwarze Tage zu verzeichnen gehabt, so daß selbst die Einberufung des Börsenraums zur Befriedigung einiger Härten und zur Befestigung mancher Widerstandstreiter des Börsengesetzes die Stimmung in keiner Weise zu heben vermochte, obwohl man doch so lange Zeit und ganz systematisch das Börsengesetz für die schlechten Zeiten verantwortlich machen wollte. So schreibt denn der Börsen-Moschauer der "Post-Ztg." ganz zertifiziert: "Mit erneuter Heftigkeit hat Ende Mai die Krise wieder eingesetzt. In rascher Aufwärtsfolge waren die Schläge auf das Wirtschaftsleben hereingetragen, und brachte war an der Börse der Widerhall in raschen Abfolgen gefolgt... Das war eine bewegte Woche. Nur mit Schrecken denkt man an sie (vom 10. bis 15. Juni) zurück. Schlag auf Schlag folgten die Unglücksbeschaffungen. An jedem Tage erschien Geldschäfte, die von ungünstigen Abschlüssen berichteten oder solche in Aussicht stellten. Wahrlieb, wenn irgendwo, gilt es noch mit Wirtschaftsleben, daß sich jede Schuld auf Erden rächt. In dem Laius der Aufwärtsbewegung dachten nur Wenige an die Zukunft. Jeder wollte die Gegenwart genießen; man wünschte, der Aufschwung werde gar kein Ende nehmen. Jeder wollte es den Konkurrenten übertragen. Jeder den größten Nutzen aus der Konjunktur ziehen. So wurde blithlings darauf losgerückt, wurden ohne Rücksicht auf die eigene und fremde Leistungsfähigkeit Kredite gegeben und genommen, wurden Neubauten und Erweiterungsbauten aufgeführt und die Preise himmelhoch hinaufgetrieben. Fast Alle hatten den Boden unter den Füßen verloren. Um so grauauer war das Erwachen aus den Alpträumen. Nahezu ein Jahr war so vergangen. Schon glaubte man, wieder Mut zu fassen zu dürfen. Ja, es schien, daß wir wieder in die Höhe gingen, wenigstens mit den Kursen. Der Eine oder der Andere meinte schon, wieder den Spürsinn der Börse, der das erste Wehen einer neuen Blüte zu spüren schien, rühmen zu dürfen. Da setzte der Niedergang von Neuem ein. Diesmal mit solchen Anzeichen, daß wir die Zustände als schleichende Krise charakterisieren könnten. In der letzten Woche nahm diese Krise wieder eine akute Gestalt an."

In der nächsten Woche hat der Börsenrundschauer wenigstens einen Trost im Leiden entdeckt: "Man darf nicht vergessen, daß sich ja in jalle Wertheitungen im Rahmen der Großmannschaft und einer irrationalen Geschäftsführung befinden. Man darf nicht übersehen, daß wir zahlreichere Körte Werke bestellt, die wirtschaftlichen und technischen Kundenfrankheiten schon überstanden haben, einen angestammten Kundenkreis besitzen, innerlich konzentriert und dadurch widerstandsfähiger sind als die jüngeren Konkurrenten. Aber zum Schlusse verträgt ihm auch dieser schwache Trost, und so fällt er die Lage in die melancholisch trümmigen Worte zusammen: „Gewiß, mit jeder Woche kommt mir dem Ende der Krise näher, aber vorläufig stecken wir noch tiefer gehen lassen als jetzt.“"

Der Rückgang der Industrie hat auch in der Kohlenproduktion wiederum seinen Ausdruck gefunden: Nachdem am 8. Juni das *Kohlenmonopol* von 20 auf 25 p.M. befohlen hatte, weil der Absatz weiter abgenommen habe, beschloß am 10. Juni auch das *Kohlenmonopol* für das dritte Quartal 1901 eine Fördererschränkung von 15 p.M. gegen bisher 10 p.M. Der Vorstand führte zum Bericht aus: Der Kohlenabsatz habe eine gewisse Abschwächung erfahren; die Förderfähigkeit der Betriebe übersteige zur Zeit erheblich den Bedarf und die Absatzmöglichkeit. Die große Unregelmäßigkeit in der Beschaffung der Eisenindustrie mache vor Ort, es liege durchaus kein Grund vor, für die nächsten Monate schon eine durchgreifende Besserung der gesamten gewerblichen Verhältnisse anzunehmen. Darum der Vorschlag einer weiteren Fördererschränkung.

Vom egoistischen Interessenpunkt der Grubenkönige aus ist die Art des Vorgehens ganz folgerichtig. Aber die übrigen Säulen des industriellen Unternehmenshauses treiben innerlich nach, wie vor gegen das unerschütterliche Zoll der Kohlenkönige. Denn die bilden für ihre ganze Syndikatspolitik nur einen Geschäftspunkt ausgeschlagend sein: Die Notstandspreise von 1900 aufrecht zu erhalten, auch wenn sich sonst die gesamte industrielle Lage vollständig verschoben hat. Diese Politik ist bis jetzt noch immer gegütt, sie ist jedoch um so brutaler, als gleichzeitig in allen Kreisen die Böne gebracht werden, wie die beiden letzten aufländischen Staaten feststellen.

Man nahm bisher an, daß auch der preußische Staat, der doch schon als Kohlenkönig, durch seine Eisenbahnen, unter den Widerpräfekten des Syndikats lebt, an Abwehrmaßnahmen deute. Die Nachricht, daß der ehemalige Handelsminister Bredel unter der Hand Grubenselbst erworben habe, wurde wenigstens allgemein in dieser Richtung gedreht. Dann wäre Herr Möller vielleicht nicht umsonst aus dem reichsstaatlichen Dienst geholt worden: nach den letzten Mitteilungen hätte sich die preußische Regierung bereits wieder einen fetten Haufen entzogen lassen, und gleichzeitig erwerben waren — die Erben, die lachenden Erben des Herrn v. Stumm. Indes ist im Augenblick dieses Gemirr von sich kreuzenden Verbindungen noch nicht genau zu überblicken. Wir behalten uns darum vor, später auf diesen Vorfall des Staates in das Gebiet der Kohlenproduktion zurückzukommen. Als Einhard gegen Herrn Möller nur gestiert worden ist, die Arbeit der Gewerkschaften, welche für die Waare Arbeitskraft die schlimmsten Unterbietungen und Preisabschreitungen abwehren wollen, kennen wir ihn schon lange zur Genüge. Nun lernen wir ihn vielleicht noch als Preisfechter des schlimmsten kapitalistischen Syndikats kennen, das durch seinen Terrorismus selbst kapitalistische Kreise gegen sich aufgebracht hat.

Andere Symbiate sind nicht so vom Glück begünstigt. Ihr Zusammenhang lohnt sich in vielen Zweigen, da viele Unternehmer gerade in bedrängter Zeit Werth darauf legen, nach freiem Belieben jede Gelegenheit auszunutzen zu können und nicht in ihren Dispositionen durch Kartellvereinigungen gehemmt zu sein. Das soziale Arbeitsschutzbüro ist noch nicht lange und nur mit Mühe und Noth zu Stande gekommen, und heute soll es bereits wieder vor der Auflösung stehen. Das rheinisch-westfälische Arbeitsschutzbüro fordert die Ausführung, es gewöhnt sich eine Ausführungsprüfung (vor M. 10 für die Tonne) auf die Mengen, die von dem Symbiose zu den gegenwärtig gültigen Preisen bezogen werden. Über trocken mannt die Stellung auf dem heimischen Markt, weil einzelne Hütten sich durch freihandige Verkäufe, natürlich zu niedrigeren Preisen, Luft verschaffen. Ferner hat das Arbeitsschutzbüro wenigstens betreffs der Abnahmefreien Entgegenkommen befinden müssen. Im Gußrohrenverband haben starke Preisunterbietungen stattgefunden. Der Süddeutsche Walzwerksverband hat den Stahlempfang ermäßigt. Der Verein deutscher Eisenbahnen empfahl seinen Mitgliedern Betriebsvereinbarungen; die Lagerbehörde bei den Mitgliedern betragen am 1. April 23.046 Tonnen gegen 2196 Tonnen im Vorjahr. Trotz der angestrengtesten Bemühungen hat man die Stahlwerke noch nicht unter einen Hut bringen können. Mit der Konkurrenz steht es nicht besser. Nur der Erzverband erhöht seine Preise.

Es bröckelt also im Allgemeinen auch da weiter ab, wo von einem Krach noch nicht gesprochen werden kann.

* * *

Über die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland entnehmen wir der Salzmönatschrift "Der Arbeitsmarkt" folgende Angaben: Die vorübergehende Belebung zu Beginn des Frühjahrs hat schnell einem weiteren Rückgang Platz gemacht. Die Produktionsentfernung um 5 v. H. durch das Krafts- und Kohlenhauptland zeigt die Abnahme des Beschäftigungsgrades weit über das Eisengewerbe hinaus wieder. Im Bergbau gehen die Löhne zurück, auf den großen Eisenwerken finden Arbeitserlöslösungen statt, in Maschinenbauanstalten wird vielfach verkürzt gearbeitet. Der allgemeine Rückgang zeigt sich auch in den Mitgliedsbetrieben der Frankfurter. Während sonst der Mai eine Zunahme bringt, die im Vorjahr 2. v. H. betrug, blieb sie in diesem Jahre aus, ja es zeigte sich sogar ein kleiner Rückgang um 0,1 v. H. Um so rascher möchte das Angesagte an den Arbeitsnachfrageorten. Am 22. April 1900 50 offene Stellen kamen 66.102 (53.441) Arbeitssuchende, so daß auf 100 offene Stellen 145,9 (106,6) Arbeitssuchende entfielen. Auch im Vergleich zum April d. J. zeigte der Mai eine Zunahme des Arbeitslosenandrang. Derselbe hat an 44 Orten zugenommen und an nur 22 abgenommen.

* * *

Nachricht der Reaktion: Inzwischen ist wiederum eine Großbank vertragt. Die im Jahre 1889 gegründete und bis vor einigen Jahren zu den sichersten Bankinstituten gezählte Leipziger Bank hat am 26. Juni ihre Zahlungen eingestellt. Sie ist ein Opfer der letzten Gründer-Klere, besonders der beliebtesten Erbetrockenungsgesellschaft in Kassel geworden. Über die Kasseler Erbetrockenungsgesellschaft berichtet die "Börsische Bö." wie folgt:

"Die Kasseler Gesellschaft war ursprünglich ein kleines Unternehmen, das sich durch Vermehrung von Bierkebern, Albenbürgern und u. dgl. volkswirtschaftlich nützlich zu machen suchte, bis der Direktor der Leipziger Bank, Egner, Gewalt über sie bekam. Nun wurde, etwa seit 1895, damit ein gewaltiger Gründungs- und Abschaffungsboom in Kassel einsetzte. In einigen Jahren wurde das Aktientarifkapital von 5 auf 20 Millionen Mark erhöht und in ganz Europa Lachergesellschaften gegründet. Um das Publikum anzulocken, wurde unser gewaltiges Sammelsurium an schwundender Höhe emporgetrieben, und Dividenden bis 50 vom Hundert ausgezahlt. Die einzige greifbare Unterlage dafür bildete ein neu erfundenes Patent gegenwärtig über Holzfällerung. Dieses Patent kommt dem Patent war lange, lang der Gegenstand heftigster Angriffe in der Öffentlichkeit. Aber je heftiger die Angriffe, um so dreister wurde das Aufreten der Erbetrocken. Der Bankerott der Leipziger Bank hat jetzt an den Tag gebracht, daß dieses Institut die eigentliche Macht des Erbetrockenens war. Es wurde die ungeheure Thatsache aufgedeckt, daß die Bank der Erbetrocken und ihren Leuten, sage und schreibe 87 Millionen Mark Credit gedährt. Wahrlieblich, noch niemals haben Verbrechen und Wahnsinn in solcher Weise mit fremdem Gut wirthschaften können."

Über die Wirkung des Krachs auf die Geschäftswelt berichtet das "Berliner Tageblatt" aus Leipzig:

In den höchsten Punkten und Geschäftswelt herrschte eine geradezu-sensationelle Depression. Die Verhaftung des Direktors Egner hat wie ein Donnerschlag gewirkt. Ungefähr sind die sämtlichen Depots der Leipziger Bank vorhanben. Dabei wächst der Andrang auf die übrigen Geldinstitute enorm. Man beschreibt den Zusammendruß zahlreicher mit der Leipziger Bank eng länker industrieller und kommerzieller Unternehmen.

Dasselbe Blatt berichtet aus Braunschweig:

Die Einstellung der Zahlungen seitens der Leipziger Bank hat hier große Bewirrung hervergebracht. Die höchste Filiale der Bank genoss großes Vertrauen und hatte einen ausgedehnten Kundenkreis. Viele Arbeitgeber werden Ende dieser Woche nicht öffnen, wofür das Geld zum Auszahlen der Arbeitslohn, das sie regelmäßig dort abgehoben haben, herzobkommen sollen. Der bedauerliche Vorfall bildet das Tagesgespräch. Man sagt, die Bewohner unserer Stadt hätte ein schwererer Schlag, als es dieser ist, noch nicht getroffen.

Aus anderen Orten Sachsen liegen ähnliche Nachrichten vor, so besonders aus Chemnitz und Zittau.

Grieth-Tramm, Wismar, Waren, Wilhelmshaven, Helmstedt, Kreuznach.

Gewerbt sind die Bauten der Unternehmer Wilken & Böhler, H. Baumgarten, Karl Baumgarten, Eggers, H. Thielke, Körbing und J. Fahrerfru in Hamburg wegen Arbeitslosigkeit, wegen Rohstoffmangel; die Bauten der Unternehmer Gräfe und Probst in Coburg; die Zuckerfabrik in Thüringenwerder b. Briesen; in Biedenkopf die Bauten der Wettbewerbe; in Repelen die Bauten des Unternehmers Gustav Forchert; in Münchberg-Bebenau der Schulhausbau wegen Rohstoffmangel; in Stolp i. P. die Bauten der Gebr. Körner, die selben Unternehmer haben Arbeit in Bütow und Danzig; in Burgtheide die Bauten des Unternehmers F. Schramm; in Barmstedt die Bauten der Unternehmer W. Timm, F. Bargmann, H. Preuß, H. Füller, F. Bornholz, C. Wöhling, P. Volk, H. Göthgens, H. Witt und H. Krohn; in Wittstock die Bauten des Unternehmers H. Schröder, weil er den geforderten Lohn nicht zahlt; in Magdeburg der Bau des Unternehmers A. Pel, Kaiser-Wilhelmsstraße; in Pobejoch der Unternehmer H. Schröder; in Dannenberg die Bauten des Unternehmers H. Strauß; in Güstrow die Bauten des Unternehmers H. Ude, wegen Mafazregelung einiger Kollegen; in Wusterhausen die Bauten des Unternehmers Müller.

Differenzen, die leicht zum Streit führen können, bestehen in Altenburg, Frankenhausen.

Durch Zimmererstreit sind die Männer in Mitleidenschaft gezogen in Cöln, Cölln, Hemelingen und Wiesbaden. In Hamburg, Neukloster i. Meckl., Cölln und Wittenberge streiten die Bauarbeiter.

In Waren (Mecklenburg) ist am 29. Juni der Streit beendet und am Montag, den 1. Juli die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden.

Zur Beendigung des Streits in Berlin ist noch nachzufragen, daß die Arbeitszeit vor dem Streit 8 Stunden betrug bei einem Tagelohn von M. 2,25—3,10. Nunmehr wird in diesem Jahre 10 Stunden gearbeitet und der Stundenlohn beträgt 82 1/2 Pf. Wahrscheinlich dürfte es den Kollegen gelingen, im nächsten Frühjahr die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen.

In Bütz ist eine Einigung zu Stande gekommen und dadurch der Streit vermieden. Die Arbeitszeit ist von 10 auf 10 Stunden verkürzt (1½ Stunden Mittag, Abends 6 Uhr Feierabend) und der Stundenlohn von 80 auf 82 1/2 erhöht worden.

Von den übrigen Streits in Mecklenburg ist Neues nicht zu berichten. Wismar ist aus Versehen aus der Liste der Streitorte gestrichen worden. Es ist hiermit konstatirt, daß die Wismarschen Kollegen nach wie vor im Streit stehen. Zugang ist streng fern zu halten.

In Rostock ist es ohne Streit zu einer Einigung zwischen den Männern und Unternehmern gekommen. Bisher wurde 10½ und 11 Stunden gearbeitet, der Lohn betrug 25—30 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden verkürzt und der Lohn auf 82 1/2 erhöht worden; bei Nebenlandarbeit sollen 82 1/2 gezahlt werden.

Der Streit in Wusterhausen hat den Erfolg gebracht, daß drei Unternehmen die Forderung bemüht und unterschrieben haben. Die Streitenden sind fämltlich zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten. Über die Bauten des Unternehmers Müller, der nur 82 1/2 geboten und sich aufzuhören die Gesellen nach Belieben aussuchen wollte, ist die Sperrre verhängt worden. Zugang ist also nach wie vor fern zu halten.

Der Streit in Greifswald hat sich etwas zu Gunsten der Streitenden geändert, indem einer der hochrangigen Firmasträger, der Unternehmer Hammann, die Forderungen der Gesellen anerkannte; bei demselben sind 16 Streitende in Arbeit getreten, außerdem arbeiten bei ihm noch acht Oberleute, die er jetzt wohl gerne wieder los wäre, wenn er sich nicht verpflichtet hätte, sie den Sommer über zu beschäftigen. Es kann aber auch möglich sein, daß sie von selber weglaufen, denn viel Vergnügen wird ihnen wohl das Zusammenarbeiten mit den Streitenden nicht bereiten. Auch die beiden Berliner Bürger, die auf denselben Bau arbeiten, werden wohl in nächster Zeit ausgebettet haben.

In Landesberg sind in der vorherigen Woche 60 ungarnische Männer angereist oder richtiger von den Unternehmen importiert worden. Einige Tage vorher waren schon 14 Oberleute eingetroffen. Die Kollegen hoffen, daß die fremden Gäste sich gutwillig bewegen lassen, den Streit baldigst zu verlassen. Bei Ankunft des Oberleutes war der Bahnhof und die dahin führenden Straßen für die Streitenden gesperrt; 12 Polizisten hielten die Zugänge besetzt.

Aus Lissa wird uns über den Stand des Streits berichtet: Nach einer von den Streitenden vorgenommenen Kontrolle der Arbeitswelt arbeiten gegenwärtig auf 80 Arbeitsstellen 25 Pariser, 58 Gesellen, 116 Lehrlinge und 71 Arbeitsteile. Von dieser Zahl entfallen auf den Zimmerberuf 8 Pariser, 18 Gesellen und 32 Lehrlinge. Von den Lehrlingen befinden sich 18 im ersten, 7 im zweiten und 12 im dritten Lehrjahr. Von den 84 Maurerlehrlingen lehnen 32 im ersten, 32 im zweiten und 20 im dritten Lehrjahr. Die arbeitswilligen Männer und Zimmergesellen sind zum großen Theil Leute, welche schon lange das 50. Lebensjahr überschritten haben; welche arbeiten augenblicklich nur deshalb, weil die guten Gesellen im Streit liegen. Wie die Arbeit, welche von diesen Arbeitskräften ausgeführt wird, aussieht, kann sich jeder gut ausgebildete Berufskollege denken. Zur Charakterfixierung des Lehrlingsmaterials sei nur angeführt, daß die Junggesellen, doch zum großen Theil, von den höchsten Westen ausgelernt wurden, vor dem Streit einen Stundenlohn von 17 bis 19 Pf. erhalten haben. Sie ziehen die Lehrlinge an der verantwortungsvollen Arbeit auf den Bauten. Auch städtische Arbeiten werden zur Zeit zunächst von Lehrlingen ausgeführt. Am Krankenhausbau arbeitet ein Pariser mit 8 Lehrlingen, darüber 4, welche sich im 1. Lehrjahr befinden. An dem Bau der städtischen Wassermutter arbeitet ein Pariser mit 4 Lehrlingen. In den Streit eingetreten sind zusammen 188 Männer und Zimmerer. Im Streit befinden sich noch 31 Männer. Abgerechnet und anberwärts in Beschäftigung getreten sind 157 Männer. Der Stand des Streits ist ein guter. Viele der noch wendbaren Arbeitsfelder sind unbesetzt. Täglich kommen neue Arbeiter hinzu. Noch in diesem Herbst werden die neueren Bauten in Angriff genommen werden. Es wird eine Infanteriekaserne und eine Artilleriekaserne gebaut. Also gute Aussichten für die Streitenden. Dieselben sind dann auch willens, so lange zu

streiten, bis die Unternehmer es satt bekommen. Wenn der Sieg auffällt, steht für uns außer Zweifel.

In Halle hat sich die Zahl der Streitenden infolge Abreise bis auf 125 vermindert. Eine größere Anzahl Kollegen hat bestimmt zugestellt, nach dem 1. Juli abzureisen. Einige Unternehmer haben sich bereit erklärt, 60 Pf. zu zahlen. Dem Firmasträger Heit wurde ein Bau abgenommen, weil die Arbeit nicht bis zu dem kontraktlich festgelegten Zeitpunkt fertigstellen konnte.

In Apolda wurden auf Einigungsbeschluß 10 Männer, von denen einige vorwiegend für den Verband thätig sind, von der Arbeit ausgeschlossen. Es scheint, als wenn die Unternehmer etwas produzieren wollen.

Aus Annaburg wird telegraphirt, daß Zugang fern zu halten sei. Was dorfselbst vorliegt, wird nicht mitgetheilt.

Über den Bau des Provinzial-Museums in Hannover wurde seitens der Bürger die Sperrre verhängt. Sämtliche 25 an dem Bau beschäftigte Kollegen legten die Arbeit nieder.

Aus Kreuznach sind die Streitenden bis auf sieben Männer abgerechnet. Einige angereiste Italiener nahmen die Arbeit nicht auf. Einem Unternehmer war es gequält, acht Arbeitswillige aus der Umgegend zu ergattern, die Freude war aber nur von kurzer Dauer; am zweiten Tage konnte der Unternehmer wieder seinen leeren Bau ansehen.

Die Bauprämie über den Unternehmer Vitto in Ginkenwald ist beendet, die geforderten 45 Pf. Stundenlohn wurden bewilligt.

Gleichfalls beendet wurde die Bauprämie über Postinett in Krefeld, leider erfolglos. Dem Pariser ist es gelungen, eine genügende Zahl seiner nahezu 1000 Lohnblätter als Streitbrecher herauszuziehen.

In Gütersloh wurde die Sperrre über den Unternehmer Kühn verhängt. Von dem Unternehmer wurden drei Kollegen entlassen, weil sie von einem angeblichen Verbandsmitgliede bestört, der sollte sie legitimieren. Da der Unternehmer die Maßregelung nicht zurücknehmen will, wurde über seine Bauten die Sperrre verhängt.

Streitstatistik. Nach der Reichsstatistik hat sich die Zahl derjenigen Arbeiter, die infolge des Streits kontraktlich eingeworben sind, von 27.845 im Jahre 1899 auf 36.094 im Jahre 1900 vermehrt. Für das Baugewerbe ist die Zahl von 2551 auf 4670 gestiegen. Herr Franz Habersbrunner, der pietistische Sekretär des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe, beruft aus diesen Zahlen Kapital für seine Brüderherren zu schlagen, indem er in der "Baugewerbe-Zeitung" in's Auge sah, daß wohl die Hälfte der im Baugewerbe angestellten Arbeitgeber ohne Rücksicht auf die Arbeitsaufgaben kann. Mein, verehrtester Herr F. H., die übergroße Mehrzahl der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter kann die Arbeit ohne Rücksicht verlassen. Nur ganz wenige Orte sind es, in denen die Rücksichtslosigkeit nicht durch Vertrag ausgeschlossen ist. Und zweitwichtig, in diesen Orten bestimmen die Herren "Arbeitgeber" immer nur dann auf die Rücksichtslosigkeit, wenn die Arbeiter streiken wollen. Sonst führen sie sich den Teufel darum. Ja, sie rufen Stein und Stein als Zeugen an, daß bei ihnen seit Jahr und Tag keine Rücksicht üblich sei, wenn sie allen armen Teufel von Arbeiter mir nichts dir nichts aus der Arbeit entlassen haben und dieser Einschaltung der Rücksichtslosigkeit oder Desobligation verlangt. Uns imponieren die Kontraktionszahlen der Reichsstatistik garnicht. Wir wissen, was sie zu Stande kommen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit konstatiren, daß bei den Lauenern von Mauern, die sich im vorherigen Jahre im Ausland befanden, keine Hundertkontraktionszahlen sind. Dennoch giebt es mehr kontraktions- und wortbrüderliche Unternehmer als Männer. Das mag sich Herr Habersbrunner in's Auge nemmen.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

In Hamburg haben die Bauhofsarbeiter über 18 Bauten die Sperrre verhängt, weil die betreffenden Unternehmer den geforderten Lohn nicht zahlen wollen. Nun wird seitens der Bauarbeiter sehr über mangelndes Solidaritätsgefühl der Männer geklagt. In einem der letzten Berichte im "Hamburger Echo" heißt es diesbezüglich:

"Unbedingt der Thatsache, daß die Bauarbeiter seitens der Männer keine Unterstüzung finden, mitgevorgangen werden. Um keinen Pfennig Stundenlohn zu verlieren, hätten viele Männer es mit ihrem so oft hergehobenen Solidaritätsgefühl für alle Arbeiter in Einklang zu bringen versucht, sich selbst das Material heranzuholen. Weder führt die diesbezüglichen Bauten an und verträgt, daß Material der Öffentlichkeit zu unterbreiten, damit die sich ihr Urteil über das Verhalten der betreffenden Männer bilde. Man habe es sogar fertig gebracht, die Bauarbeiter vom Niedergericht der Arbeit abzuhalten, und als man die Männer zur Abreise gezwungen, hätten diese mit der Polizei gebroht. Bei vielen anderen Städten hatten sich die Bauarbeiter sofort mit den Männern solidarisch erklärt, wenn die in einer Lohnbewegung eingetreteten waren und die Arbeit eingestellt hätten; hinterdrein habe man, als man für sich genügend herausgezögeln, die Bauarbeiter fliegen lassen, indem man diesen sagte: 'So, fangt man wieder an, es gibt nichts mehr'; 'Wir können doch nichts mehr herauszögeln.' Auch hier sei dies, mit den schönen Reden, die in der letzten kontraktiven Versammlung der Hamburger sozialdemokratischen Vereine gehalten wurden. Einerseits stelle man sich entrüstet und gebe die Erklärung ab, mit den Afrodoraumern nicht in der politischen Organisation zusammenleben zu können, andererseits arbeite man fröhlich und gemüthsartig mit Streitvögeln zusammen, lasse sich von bestellten bedienen und halte die Bauarbeiter ab, ihr Solidaritätsgefühl zu bekräftigen, oder fordere dieß sogar auf, direkt Streitbuch zu begeben. Die Parteidienstlichkeit müsse sich zum Mündeten ebenso mit dieser Angelegenheit beschäftigen, wie mit dem angeblichen Streitbuch der Afrodoraum.

In dem Fachorgan "Der Arbeiter" (Nr. 26) wird berichtet: Die Aussicht auf einen halbigen Erfolg wäre ungünstig, wenn uns unsere vermaulten Berufsgenossen, die Männer, welche gewerkschaftlich sowie politisch organisiert seien wollen, uns nicht den Kampf so ertragen würden. Sie haben sich dort, wo die Arbeitswilligen nicht genügend hinschaffen konnten, selbst Material geholt. So bei

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Die Aussicht auf einen halbigen Erfolg wäre ungünstig, wenn uns unsere vermaulten Berufsgenossen, die Männer, welche gewerkschaftlich sowie politisch organisiert seien wollen, uns nicht den Kampf so ertragen würden. Sie haben sich dort, wo die Arbeitswilligen nicht genügend hinschaffen konnten, selbst Material geholt. So bei

Im Streit befinden sich resp. ausgeschlossen sind die Kollegen

Halle a. d. S., Gommern, Alte, Bremzlan, Gramzow,

Landsberg a. d. W., Eisenburg, Vifa, Neustadt,

Greifswald, Friedland, Sternberg, Drüsel - Warin,

Söhlz, Bau a. d. Bille, wo sie Steine und Zement herausschaffen; auch bei Gebr. Haupt am Grindendeich bedienen die Maurer sich selbst. Am Bau des Herrn A. Schimann sind die Maurer beschäftigt, den Lehrling zum Tragen anzuhalten und freuen sich, daß der Lehrling, welcher erst im zweiten Jahre seiner Lehrzeit ist, schon ganze Säde Zement nach oben hinaus schleppen kann. Nach Aussage des Pächters wurde er stets von den Maurern angehalten und aufgemuntert. Nach unserer Ansicht wäre es jedenfalls besser, ihm in seinem Beruf, den er erlernen soll, auszubilden, als seine jungen Knaben durch den Beruf der Baufüllarbeiter frühzeitig zu trennen."

Inzwischen diese Beschuldigungen auf Wahrheit beruhen, haben wir keine Gelegenheit, zu untersuchen. jedenfalls haben die Bauarbeiter Veranlassung genommen, der Organisationsleitung der Maurer Hamburgs von ihren Befürchtungen Mitteilungen zu machen, damit die gekennzeichneten Streitbretter zur Berichtigung gejoggen werden. Den Berichterstattern der bezeichneten Vorcommissione dürfte es ja nicht unbekannt sein, daß der Maurerberband in seinem Stamm den Rajon hat, daß diejenigen Mitglieder, die irgendwelche Arbeiten der Streitbretter (Bauarbeiter, Zimmermeier, etc.) verrichten, aus dem Verband ausgeschlossen werden müssen. — Sollte die Leitung des Zweigvereins Hamburg Schwierigkeiten machen, was wir nicht hoffen, so würde der Verbandsvorstand ohne Zweifel schmeichelnd Abschüsse schaffen.

Dass die Maurer nicht ohne Weiteres zu Gunsten der Bauarbeiter die Arbeit mit niederlegen, ist sehr gerechtfertigt. Tatsächlich würden dann die Maurer den Arbeitern die Löhne erfordern müssen. Ob die Solidarität soweit ausgedehnt werden soll und kann, das kann Fragen, die von Fall zu Fall herabhängen müssen. Auch hierfür wissen die Bauarbeiter den Weg. Wenn sie von nicht gehen wollen, müssen es siebleben lassen. Schimpft führt in diesem Falle aber gewiß nicht zum Ziel.

Im Übrigen sind wir mit den Bauarbeitern ganz einer Meinung: die Maurer, die sich während des Bauarbeiterstreiks selbst Material holten — also Streitbretterdienste leisteten — möge die Parteiorganisation genau so behandeln, wie wir die Aufforderungen behandelten würden. Und um nichts höher schämen wir Dienstleute ein, die die Lehrlinge zum Materialtransport ansetzen, statt sie vor dieser Ausbeutung und Überlastung zu bewahren.

Von zuständiger Seite wird uns nachträglich mitgetheilt, daß die Beschuldigungen: die Maurer holten sich selber das Material, fast völlig unbegründet sind. Und die Organisationsleitung der Bauarbeiter hat der Leitung der Hamburger Maurerorganisation auch noch mit seinem Wort Mitteilungen über die angebliche Streitbretterei der Maurer gemacht. Weiter mag noch bemerket sein, daß die Hamburger Bauarbeiter auf besonders weitgehende Solidarität der Maurer sehr wenig Einprägung erheben können. Sind es doch gerade die Bauarbeiter, die es den Auffordermaurern ermöglichen — die Arbeit tragen ja auch mit Vorliebe in Altona —, ihr die Hamburger Maurerfahrt schwäigendes Handwerk fortzuführen.

Erklärung.

Im Gewerkschaftsblatt, genannt "Die Einigkeit", befindet sich in Nr. 26 eine Erörterung des Kollegen A. Dietrich auf ein Flugblatt des Vorsitzenden des Zweigvereins Berlin. In derselben befindet sich folgender Satz: "Es könnte überhaupt solcher Fettum im Flugblatt des Verbandes nicht vorgetragen sein, wenn man den heutigen Leiter der Verbandsstelle H. Silberschmidt danach gefragt hätte. Er muß es ganz genau wissen, daß dieser Vorgang nicht 1893, sondern 1892 stattfand, weil er damals gegen die gesuchten Beschlüsse handelte und am Berliner Rathaus 11 Stunden gearbeitet hatte."

Form und Inhalt bestimmen, daß es dem Artikelbeschreiber bei Niederschriftstellung des Saches nicht darauf ankam, dem Flugblattverfaßer zu entkräften, sondern er wollte damit der Organisation des Verbandes einen Hieb versetzen. Er meint: beschuldigt ich einen Leiter der Organisation, früher einmal gegen die Grundsätze der Organisation verstossen zu haben, so muß das auf die heutigen Kollegen beider Organisationen seine Wirkung ausüben und die Lokalorganisationen, die ja nichts zu verlieren hat, muß daraus gewinnen. Über auch in den Augen der Arbeiterschaft, wenigstens soweit sie Leser der "Einigkeit" sind, ist damit der Verband verächtlich gemacht. Das also ist der Grund, dieser so nebenbei hingeworfenen Bemerkung.

Diese Ansicht zu durchkreuzen, veranlaßt mich, die Feder zu ergreifen. Handelte es sich nur um meine Person, so würde ich schweigen, habe ich mich doch seit Gründung des Verbandes daran gewöhnt, von den "feindlichen Brüdern" geholt zu werden. Dieser Haf, der bis zu einem frankhaften Zustand sich entwickelt hat, ist mit dem Wachsthum des Verbandes gestiegen.

Doch zur Sache. Nach längerer Arbeitslosigkeit erhielt ich 1892 am Reichstagssäule Arbeit. Als ich dafohl die Arbeit aufnehmen wollte, wurde ich mit mehreren anderen Kollegen nach dem Rathaus gesandt, die Arbeit führte dieselbe Firma aus. Nicht können, welche Arbeitssort hier üblich, begannen wir unsere Arbeit. Im Laufe des Nachmittags wurde ich von einigen herzoverzagten Lokalisten, die schon seit Monaten dort beschäftigt waren, aufmerksam gemacht, daß es häufige Arbeitszeit üblich sei. Auf meine Frage antworteten sie, die Kollegen seien nicht zu bewegen, 10 Stunden zu arbeiten und da die Arbeit so schön sei, könnten sie nicht einsehen, daß sie dieselbe verlassen sollten. Tatsächlich haben sie auch mit Wissen ihrer Organisationsleitung vor und nach meiner Zeit Monate dort gearbeitet.

Am Abend des ersten Tages nahm ich Gelegenheit, mit mehreren meiner Organisationskollegen den Fall zu besprechen. Es wurde mir gerathen, eine Woche dort zu bleiben

und den Versuch zu machen, die Kollegen für die 10 stündige Arbeitszeit zu gewinnen. Diese Thätigkeit hatte ich am ersten Tage begonnen und setzte sie am zweiten fort, wozu sich günstig Zeit und Gelegenheit bot. Leider fand ich kein williges Ohr.

Am Abend des zweiten Tages wurde ich auf der Straße von einem Lokalorganisator empfangen, der mir in recht drastischer Weise Vorhaltungen über mein Tun machte. Ich merkte sofort, daß man meine Absicht verneinen und mit schmückigen Beweggründen als Trickfeder meiner Handlungen öffentlich vorwerfen würde, um diese dann als Agitationssstoff gegen die junge Verbandszahlstelle zu benutzen. Ich gab daher sofort die Arbeit auf, nachdem ich zwei Tage dort gearbeitet hatte.

Wer die damaligen Arbeitsverhältnisse in Berlin kennt und weiß, daß keine Organisation von Einfluß bestand und weiter zweifellos was damals die an der Spitze der Organisation stehenden Kollegen auf dulden hatten, der wird die Niedertracht jener Notiz begreifen.

In Versammlungen und Flugschriften der Lokalorganisationen, sowie in der "Einigkeit" ist seit dem Vertragsabschluß des Verbandes mit dem Arbeitgeberkombinat ein so ödes Geschimpfe auf den Verband und dessen Leitung eröffnet, daß selbst vielen Lokalorganisatoren es anekelt.

Die Absicht ist klar: die Aufmerksamkeit der Mitglieder soll von den gemachten Behörden und Dummheiten, sowie vom Nachdenken über die Einflusslosigkeit und Bedeutungslosigkeit ihrer Organisation abgelenkt werden, und das glaubt man am leichtesten erreichen zu können, wenn man mit reichlich Lungenkraft auf seinen Gegner schimpft. Wer zu solchen Mitteln greifen muß, hat's weit gebracht.

H. Silberschmidt.

Gau Magdeburg.

Am Sonntag, 28. Juni, fand die erste Konferenz des dem Gau Magdeburg zugehörigen Zweigvereins in Magdeburg statt. Es waren 52 Delegierte durch 72 Delegierte vertreten; außerdem waren die fünf Mitglieder der bisherigen Agitationsskommission, als Vertreter des Verbandsvorstandes der Kollege Bönnelburg und als Gast Kollege Schmitz von der Agitationsskommission Erfurt anwesend.

Kollege Koch eröffnete den Bericht über das mit dem 10. Dezember 1899 beginnende Geschäftsjahr, dem wir folgendes entnehmen: Die Bauthälfte ist in der abgelaufenen Geschäftspériode keine gute zu nennen gewesen, der Überfluss an Arbeitsträumen nahm immer mehr zu, und auch jetzt, in der besten Saison, haben wir in Magdeburg mit arbeitslosen Maurern zu rechnen. Mit der Zahlung der im Berichte sich befindenden Maurer ist ein in keiner Weise befriedigendes Resultat erzielt worden, da von den Betriebsleuten einzelner Bezirke nicht mit der gewünschten Gewinnhaftigkeit vorgegangen ist. Über die Lohns- und Arbeitsverhältnisse kommt der Referent mit erschreckendem Sachienntnis dichten; es ist tatsächlich mit den Lohns- und Arbeitsverhältnissen noch in manchen Gegenden recht traurig bestellt, wenn man in Betracht zieht, daß noch ungefähr 1700 Verfusellen für einen Lohnsatz von 22—25 s arbeiten müssen, und circa 2200 Kollegen bis 30 s Stundenlohn erhalten. Verfuselnde Sündhaft Maurer arbeiten noch 15 und 20½ Stunden für einen Tagelohn von 22,25 s. Die Korrespondenz war im Berichtsjahr ziemlich umfangreich; verhandelt wurden an Briefen, Drucksachen, Karten, Depeschen 867 Stück, eingegangen sind 472 Stück, ungezeichnet diejenigen, welche an Privatadressen gesendet waren.

Die Mitgliedschaft betrug am Schlusse des vergangenen Jahres in 78 Siedlungen 6890 Personen. Die Lohnbegehung war trotz des schlechten Konjunktur ziemlich umfangreich. Im Jahre 1900 stellten die Kollegen in 17 Orten Forderungen, und in diesem Jahre bis jetzt in 15 Orten. In zwei Orten kam es zum Streik, welche mit vollständigem Siege der Kollegen endeten. Auch im Übrigen waren die Forderungen, welche sich stets um Lohnverhöhrung, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Auffordarbeit, Lufschlag für Überstunden usw. drehten, zum großen Theil von Erfolg gekrönt. — Die Einrichtungen beließen sich auf M. 2837,28. Die Ausgaben auf M. 2421,62. Es verblieb somit ein Ressourcenbestand von M. 265,68. Eine Diskussion über den Geschäfts- und Ressourcenbericht wurde nicht beliebt. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt.

Alsdann hielt Kollege Bönnelburg einen längeren Vortrag über: "Die Situation im Baugewerbe und unsere Tätigkeit." Neben ihrem Bezug auf den geschäftlichen Niedergang und behandelte dann eingehend die von unserer Organisation eingeschlagene Taktik bei Lohnforderungen, bei Lohnabzürungen und in der Agitation. Der Vortrag wurde allseitig mit Beifall aufgenommen.

Über die Feststellung des Gaubezirks, die Wahl des Gaubvorstandes und sonstige im Regulativ festgelegte Einrichtungen referierte an der Hand einer von der Kommission ausgearbeiteten Vorlage der Kollege Stettin. Nach langer Debatte, an der sich die Kollegen Bender, Halberstadt, Bönnelburg, Voigt, Cottbus, Stettin, Peters-Badöre, Stettin-Magdeburg, Voigt-Gommern und Walheim-Barby beteiligten, wurde das Regulativ ähnlich dem für den Gau Stettin (siehe Nr. 25 des "Grundstein") beschlossen. Im § 1 ist dem Gewerkschaftsrecht gegeben, sich zu ergänzen. Der § 7 bestagt, daß die Konferenzen alljährlich abgehalten werden können, die Verständigung mit dem Verbandsvorstand vorzusegeln. Die Zahl der Mitglieder, die zwei Delegierte zur Konferenz entsenden können, ist auf 800 festgesetzt, jedes weitere volle 800 kann einen Delegierten mehr entsenden. Im § 18 ist festgesetzt, daß zur Unterstützung der Agitation im Gesamtbezirk jeder Zweigverein im 2., 3. und 4. Quartal pro Mitglied und Quartal 10 s (also pro Jahr und Mitglied 80 s) an die Gaubüro zu zahlen hat. Der § 14 bestagt, daß die Vorstände der Zweigvereine verpflichtet sind, in jedem Quartal einen Situationsbericht an den Gaubvorstand einzureichen. — Die Schlußabstimmung ergab die einstimmige Annahme des Regulativs. Der Gaubvorstande soll seit am

gestellt werden, und zwar mit einem monatlichen Gehalt von M. 120. Zum Gaubvorstand wurden gewählt als Vorständender der Gau Groß-Ottersleben, als Kassirer der Gau Magdeburg, als Bevölkerungsvertreter der Gau Groß-Ottersleben, Brixigemann, Oberleib, A. Hoppe, Diesdorf.

Auf Antrag Bönnelburgs wurde beschlossen, das Gehalt des Gaubvorstandes zu erhöhen, sobald der Zweigverein Magdeburg seinem Beamten, der jetzt gleichfalls M. 120 erhält, das Gehalt erhöht.

Nachdem Bönnelburg noch die Erklärung gegeben, daß das Wort, "kan", im Statut (die Unterstellungen des

treffend) nur deshalb gehabt worden ist, weil der Verband sonst leicht in Konflikt mit dem preußischen Versicherungsgesetz kommen könnte, nahm Kollege Stettin das Wort zu einem Vortrag über die Gewerkschaftsarbeit. Die Ausführungen des Redners kommen in folgender Resolution:

"Die heute, am 28. Juni 1901, in Magdeburg tagende Konferenz der Zweigvereine des Centralverbandes der Maurer Deutschlands im Gau Magdeburg hält die Gewerkschaftskarteile in der Form von festen Organisationen mit bestimmten Vertragsleistungen bei der heutigen Entwicklung des Centralverbandes nicht mehr für zeitgemäß.

Für die Sicherung von Fragen, welche die Gewerkschaften eines Drittels gemeinsam berühren, hält es die Konferenz für genügend, wenn die Vorstände der Gewerkschaften auf die Befürchtung zu gemeinsamer Beratung zusammen treten.

Die jün aus der gemeinsamen Thätigkeit ergebenden Unstufen können auf die beteiligten Gewerkschaften im Verhältnis zu ihrer Mitgliedschaft umgelegt werden.

erner erklärt die Konferenz, daß es nicht Sacre der Kartelle ist, sich in Lohnbewegungen zu mischen oder gar die-selben von ihrer Stellungnahme abhängig zu machen, wenn die Organisation für die Streitunterstützung selbst sorgt.

Nachdem noch mehrere Redner für und gegen die Resolution sich ausgesprochen hatten, gelangte der Antrag Bönnelburgs zur Annahme, diese Resolution den nächsten Gewerkschaftsversammlung als Material zu überweisen.

Den Bauarbeiterkongress betreffend machte Kollege Voigt längere Ausführungen. Nebner wünscht, daß der Verband zur Förderung des Bauarbeiterkongresses mehr Agitation entfalte. Folgende vom Referenten eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

"Die heutige Konferenz erkennt an, daß in Betreff des Bauarbeiterkongresses die Agitation intensiver als bisher betrieben werden muß, da von Seiten der Regierung bis heute noch sehr wenig unternommen ist, um die Wohlstände im Bauarbeiter zu befestigen. Sie hält aber die Bildung von Landeskommisionen nicht für das geeignete Mittel, um die Agitation zu entfalten, wie es notwendig ist, um etwas wirksames auf diesem Gebiete zu leisten. Die Konferenz stellt sich auf den Standpunkt, daß in den einzelnen Berufen bei Regelung von Lohnfragen und sonstigen Arbeitsbedingungen die Frage des Bauarbeiterkongresses mehr als bisher berücksichtigt wird und beauftragt den Gaubvorstand, auch dieser Frage seine volle Aufmerksamkeit zu widmen."

Hierauf erließ Bönnelburg das Schlußwort. Er ermahnte die Delegirten, die Beschlüsse der Konferenz hochzuhalten und darnach hinzutragen, daß das Ziel, auch in unserem Gewerbe menschenwürdige Zustände einzuführen, erreicht werde.

Sämtliche Briefe und Anfragen sind an Julius Schmitz, So d, alle Geldsendungen an Karl Schmitz zu richten. Die Adresse beider Kollegen ist Magdeburg, Blauebühl 21.

Aus Oberschlesien. Oberschlesien ist mit seiter nach Hunderttausenden zählenden Arbeitervorarlern in Zeiten großer wirtschaftlicher Rümpfe, die sich im übrigen Deutschland zwischen Unternehmerkombinat und Arbeiterschaft abspielen, immer von Bedeutung gewesen. Infolge des geistigen Rückstandes, gepaart mit Bedürfnislosigkeit, Gleichmut und Rückstabilität, ist der oberösterreichische Arbeiter ein "Arbeitswilliger", der gefährlichsten Art. Und mancher ausköstliche Kampf, der geführt wurde, um die Lebenslage der an dem Kampfe beteiligten Arbeiter zu verbessern, endigte erfolglos, indem die kämpfenden Arbeiter von den Arbeitsherrn Oberschlesiens am Ball vollständig besiegt wurden. Es ist wohl notwendig, zu untersuchen und festzustellen, welche Ursachen die Oberschlesier dazu treiben, in großen Siedlungen auszuhandeln und eine willkürliche Beute der Streitbrecher-Agenten zu werden.

Als kommt es darauf an, die Verhältnisse unserer Berufsstollegen, der Maurer, zu untersuchen und Maßnahmen, insbesondere der Centralverband der Maurer Deutschlands im Stande war, in Oberschlesien einen guten Einfluß auszuüben. Nach unserer Schätzung wohnen in Oberschlesien circa 13 000 Maurer, welche sich auf die Kreise C o l o n i a, B r o d u r z i n, O p p e l n, M y b i c k, K a t t o w i c h, B e u t h e n und T a r n o w i c h verteilen. Genaue Angaben lassen sich mit den uns zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln nicht machen, aber immerhin ist anzunehmen, daß die Zahl annähernd richtig ist. Die Zahl der hier wohnenden Maurer steht in keinem Verhältnis zu der Zahl, welche hier Beschäftigung finden kann. Bei guter Konjunktur arbeiten in den benannten Kreisen im höchsten Grade 6000 Maurer, das oberösterreichische Industriegebiet mit eingeschlossen. Die Arbeitgeber sind, ebenso wie die Bevölkerung, in Oberschlesien einen guten Einfluß auszuüben. Nach unserer Schätzung wohnen in Oberschlesien circa 13 000 Maurer, welche sich auf die Kreise C o l o n i a, B r o d u r z i n, O p p e l n, M y b i c k, K a t t o w i c h, B e u t h e n und T a r n o w i c h verteilen. Genaue Angaben lassen sich mit den uns zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln nicht machen, aber immerhin ist anzunehmen, daß die Zahl annähernd richtig ist. Die Zahl der hier wohnenden Maurer steht in keinem Verhältnis zu der Zahl, welche hier Beschäftigung finden kann. Bei guter Konjunktur arbeiten in den benannten Kreisen im höchsten Grade 6000 Maurer, das oberösterreichische Industriegebiet mit eingeschlossen. Die Arbeitgeber sind, ebenso wie die Bevölkerung, in Oberschlesien einen guten Einfluß auszuüben.

Unter den Kollegen, die in Oberschlesien bleiben, gibt es nicht wenige, die das Handwerk nicht ordnungsmäßig erlernt haben. Eine eigentliche Lehrzeit haben sie nicht durchgemacht, sondern ein bis zwei Jahre den Maurern das

naturlich größeren Städte auf, besonders das rheinisch-westfälische Industriegebiet und die aufzulögenden Hafenstädte an der Nord- und Ostsee.

Unter den Kollegen, die in Oberschlesien bleiben, gibt es nicht wenige, die das Handwerk nicht ordnungsmäßig erlernt haben. Eine eigentliche Lehrzeit haben sie nicht durchgemacht, sondern ein bis zwei Jahre den Maurern das Material augekauft, und wenn dann infolge der großen Wissenslücke und bei Unterricht einer regeren Bauthälfte die Maurer recht knapp wurden, sind die Leutchen von den Betrieben an die Arbeit gestellt worden. Hier besteht noch vielfach das Kolonistenproblem. Der Meister verzögert sich den Maurer. Das dadurch der Maurer oftmaß ein recht gutes Geschäft machen kann, verzögert sich von selbst. Bei diesen Zuständen bildet sich denn auch die größten Unregelmäßigkeiten hinsichtlich der Arbeitslöhne heraus. Das Schmiedebüro wird großgezogen, und vor beim Maurer recht ziehen und schweinsbeulen kann, erhält mehr Lohn,

als der ehrliebende Maurer, der seine Arbeit versteht. Die durch die Kunst der Kärtner zu "Maurern" avancirten Leute sind auch am allerersten bereit, Streitbrecherdienste zu leisten. Dass unter solchen Umständen die paar guten und bewusstigen Leute einen schweren Stand haben, ist mir zu begreiflich. Und dass unter diesen Umständen die Löhne gedrückt und die Arbeitszeit bis in's Unendliche ausgedehnt wird, ist ebenfalls selbstverständlich. Ein Industriegebietschäftelei schätzen die Unternehmer im vergangenen Jahre bei eingeschränkter Arbeitszeit M. 290—320 Lohn, trotzdem die Kattowitzer erfüllt hatten, 35 & Stundenlohn und zehnständige Arbeitszeit zu gewähren. In diesem Jahre sollen die Unternehmer in Kattowitz, die dem "Arbeitsgeberbund für das Baugewerbe" angegeschlossen sind, ihre Mitglieder bei Feststellung einer Konventionalstrafe verpflichtet haben nicht mehr als 27—28 & Lohn die Stunde zu beagthen. Der Schätzchen hat denn auch M. 8 nicht übertragen.

Ob die Maurer die richtigen Konsequenzen aus dem Verhalten ihrer Herren Unternehmer ziehen werden, bleibt vorläufig noch abzuwarten. Versammlungen einzuberufen, um mit den Kollegen sprechen zu können, ist hier nicht möglich. Etwas wie in Neuthen, Gleiwitz, Königsbrücke, Kattowitz, Gabitz, Cottbus und Ratisbon eine ziemlich Anzahl Mitglieder haben, steht uns nur in Gleiwitz ein. Solange zur Verfügung. Unter diesen Umständen muss die Agitation von Haus zu Haus betrieben werden. Dass es deshalb mit der Organisation nicht so voraussichtlich geht, wie in den übrigen Theilen des Reiches, wird wohl jeder Mensch begreifen. Alle Hindernisse anzuführen, welche sich uns bei der Ausbreitung der Organisation in den Weg stellen, dazu wäre es notwendig, eine Broschüre zu schreiben. Wenn trotzdem lassen wir den Mut nicht sinken; wir geben uns der Hoffnung hin: die Zeit, in welcher der größte Theil der oberschlesischen Maurer dem Zentralverband der Maurer angehört, ist nicht mehr fern. Wenn hier in Zukunft ebenso viel, als in der letzten Zeit in übrigen Theilen, für die Organisation gefangen wird, dann erleben wir es noch, dass im schwärmesten Winde des deutschen Reiches die Maurer gut organisiert sind und ekt solidarisch ihren Kollegen gegenüber handeln.

Es soll hier auch noch erwähnt sein, dass jetzt schon einige Sachen durch und für den Verband erzielt worden sind. Vor einigen Jahren noch kamen nach jedem größeren Streitort die oberschlesischen Maurer zu hunderten als Streitbrecher. Oftmals haben sie in ihrem Interesse dem Unternehmerhaupt zum Siege verholfen, indem sie die Arbeitsplätze der Ausständigen belegten. Dies ist erstaunlich anders geworden, und die Zeit, wo es eine oberschlesische Streitbrecher mehr gibt, dürfte nicht mehr allzu fern sein. Um diesen Zeitpunkt zu befürchten, ist es aber auch notwendig, das in allen Orten des deutschen Reiches die Verbandskollegen bemüht sind, die dort arbeitenden oberschlesischen Maurer dem Verbande zuzuführen und sie zu überzeugten Kollegen zu erziehen. Ist der Sommer wieder zu Ende, und die Kollegen fahren in ihre oberschlesische Heimat zurück, dann müssen dieselben von der Überzeugung durchdringen sein, dass sie die Pflicht haben, unter ihnen noch auswärtigen Kollegen den Gedanken der Zusammengehörigkeit zu pflegen und die Säumigen zum Anstoß an den Zentralverband der Maurer zu bewegen. Diese Agitation hilft unendlich viel, und derjenige Kollege, welcher weiß, was Agitation zu bedeuten hat, wird diesen Wunschen genügtun. Es muss der Wehrde von Oberschlesien, ebenfalls den Unternehmern und der Geistlichkeit vor Augen geführt werden, dass ihre Mittel, die sie uns gegenüberzuhalten bringen, um unsere Organisation im Seine zu erzielen, und da, wo solche besteht, sie zu erdrücken, nicht ausreichen, sondern dass die Arbeitersbewegung über sie hinwegschreitet, wie über durchs Gras. Es muss dieser reaktionären Dreieinheit nachdrücklich zu Gemüthe geführt werden, dass vor ein Maß haben, als Mensch unter Menschen zu leben.

Zu bemerken ist noch, dass in diesem Jahre, hauptsächlich jetzt augenscheinlich, eine einzige Gestalt an der Arbeit sind, um von Oberschlesien "Arbeitswillige" nach Streitorten zu bekommen. Es ist fast durchweg die Waffe umsonst; denn ein solcher Agent einer einzigen Maurer durch Zug und Trug zusammengebracht, flugs ist wiederemand zur Hand, der den Angehörigen die nötige Aufklärung angedeihen lässt und die "Arbeitswilligen" verschwinden dem Agenten unter den Händen. Ein Herr aus Reutlingen ist deutlich in Großbritannia bei seinem Bruder (Baumeister) zum Besuch, und alsbald entpuppte sich der Besuch als Streitbrecheragent. Nachdem in einem Restaurant wieder auf die unbotmäßigen Maurer geschimpft und auf die Frage: weshalb man nicht in Reutlingen den Maurern die zehnständige Arbeitszeit bebillige, geantwortet worden war: "Wo du brauchen wir den dreigängigen Maurern die zehnständige Arbeitszeit zu bewilligen, wenn in anderen Berufen ebenfalls elf Stunden und länger gearbeitet wird," machte sich dieser Herr im Oppelnkreis auf die Suche nach drei Tagen angestrengter Arbeit eine Kolonne Leute, denen man alles Mögliche vorgelogen hatte, zusammen. In Breslau, auf dem Bahnhof kamen die "Arbeitswilligen" mit anderen Personen in Verbindung, und es dauerte nicht lange, so gab die Mehrzahl der Leute ihre Billette (von Oppeln bis Breslau) dem Herrn Unternehmer mit dem Bemerkern, er möge damit die Strödbäder rüden, zurück. Ein kleines Häuschen hat der Herr mit nach Reutlingen bekommen. Auf den Individualitätsplakaten dieser Leute war mit wenigen Ausnahmen das Prädikat "Maurerlehrling" zu lesen. Wozu Herr "Unbekannt" aus Reutlingen den großen Aufwand an Zeit und Geld? Und nun, es möchte besser sein, den nach Ihren Ausbruch dreigängigen Maurern in Reutlingen ihre rechte Forderung zu bewilligen. Aber den Agenten wird es in Zukunft ebenso ergehen.

Jetzt wird im ganzen Bezirk ein Flugblatt verbreitet, in welchem unter Anderem auch die Städte, wo unsere Kollegen im Streit liegen, bekannt gemacht werden. Wir möchten darum den Unternehmern den guten Rat geben, ihren Gesellen lieber die gerechte Forderung zu bewilligen und das Geld für eine nützliche Reise nach Oberschlesien zu sparen. Die Maurer, welche sich aus Oberschlesien als "Arbeitswillige" hergeben, sind hier als Pfuscher bekannt. Wer mit Pfuschen die Arbeit fertig stellen will, die von tüchtigen, mit der Art der Arbeit vertrauten Gesellen behaft

eingestellt wurde, weil sie die Arbeitszeit verkürzen und den Lohn etwas erhöhen wollen, der richtet sich selbst. W. F.

In Nachen tagte am Sonntag, den 16. Juni, im Frankenberger Bierkeller eine öffentliche Maurerversammlung. Kollege Hartwig-Dressler referierte über: "Die Lebenshaltung der Maurer und unsere Organisation". Die Verhältnisse in unserem Gewerbe sind in Nachen so erbärmlich, dass das, was Kollege Hartwig ausführte, jedem Anhänger aus dem Herzen gesprochen war. Mehrere Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Es musste darauf aufmerksam gemacht werden, dass viele Kollegen sich freuen, Sonntags eine Versammlung zu besuchen, da infolge der erbärmlichen Lohnverhältnisse nicht in der Lage sind, sich sonntagsmäßig zu kleiden. Diese Kollegen seien aber darauf aufmerksam gemacht, dass es ihre Pflicht ist, die am ersten Montag noch dem 1. jedes Monats stattfindenden Vereinsversammlungen anzurechnen. Es ist ja für das Nachenauer Maurerverein bezeichnend, dass der Verdienst der Maurer nicht einmal lang, um nach sechziger Arbeit auch ein anständiger Mensch mit seiner Familie hinaus in's Freie zu gehen und mit seinen Mitmenschen wenigstens den einen Tag des Lebens schwer zu überstehen.

Am Montag, den 17. Juni, fand unregelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem für die Zelle und Mitgliede unseres Verbandes Vorgelegt und dann vertriebene Wirtschaften diskutiert worden, so unter Anderem, dass der Unternehmer Gustach, der eine eigene Spannfäule hat, die Mitglieder manchmal Wochen lang auf die Unterstützung warten lässt, oder, wie es auch schon vorgenommen, Abholzabzüglichkeiten leistet, wurde über die Einziehung der Beiträge von den ländlichen Kollegen beschlossen. Es wurde bestimmt, dass der Kärtner jeden Samstag, möglichst kurz nach 6 Uhr, bei Engels, Promenadenstr. 1—3, Beiträge entgegennehmen soll. Es wurden dann die Kollegen aufgefordert, durch Aufzeichnung und Mitteilung die Bauten festzustellen, wo die Baubuden der Baupolizeiverordnung nicht entsprechen. Der Amtsamtshof Möhlau hat behauptet, dass die angestellten Kontrollbeamten die Sache untersuchen und wir uns nicht darum zu kümmern hätten. Wir werden den Herren Beamten, aber Material liefern, woraus sie erkennen können, dass die Bautenkontrolle durch Arbeiter erledigt notwendig ist. Die meisten Baubuden werden s. B. als Materialschuppen verweisen.

Die Städtepuer Berlin und Umgegend hielten am 19. Juli in den "Kriminallen" ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die sich vorab mit den entstandenen Differenzen bei den Firmen Czarnikow und Wagnerschmidt beschäftigte. Bei ersterer Firma war es am 15. Juni zur Arbeitszeitverlegung gekommen. Unbekannt hatte der Postengesetz gegeben, der es als seine Aufgabe betrachtete, die Firma stets billige, unserem Verband fern stehende Kräfte zuzuführen und mit dann Verbandskollegen einstelle, wenn er mit den billigen Leuten die vorhandenen Arbeiter nicht auszuführen vermochte. Außerdem arbeitete der Posten gesetz auch auf Progenie, und weiter verlangte er von unseren Kollegen, mit den minderwertigen Arbeitern zusammen zu arbeiten. Diese Handlungswette ließen sich die Kollegen nicht gefallen, sondern forderten die Entfernung dieser Elemente, und als das nicht geschah, legten sie die Arbeit nieder. Diese selbstständige Vorgehensweise wurde von der Versammlung gefordert und auf unserer Vertrag vertheilt, nachdem alle Streitigkeiten, welche aus dem Arbeitsverhältnis entstanden, von der Kommission geregelt werden müssen. Es wurde nun die Frage erörtert, ob der betreffende Posten aus dem Verbande auszuschließen sei, was mit Ja beantwortet, doch momentan als verfrüht bezeichnet wurde, da die Firma verbraucht hat, die Angelegenheit zu regeln. Unsere Kollegen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Bei zweiterer Firma hatten angeblich aus Arbeitsmangel, was aufgrund erlangt, die besten Kräfte ihre Entlassung bekommen; nach Angabe der Betreffenden spielt da die Firma eine Hauptrolle, wofür die Kollegen schon ohnehin genügt wären. Arbeitsmangel, so wurde ausgeführt, sei absolut nicht vorhanden. Bei dieser Firma arbeiten schon seit längerer Zeit und noch jetzt zwei Puker, die sich stets dem Geschäft geöffigt zeigen, sei es in Überstunden oder Abfördarbeit; sie machen eben Alles, ebenfalls haben dieselben auch am 1. Mai gearbeitet. Dieses der Grund, weshalb die anderen Kollegen beschlossen, mit diesen beiden nicht mehr zusammen zu arbeiten. Die Firma jedoch verfügte, nun ihre Macht probend, diese Leute vereinzelt wieder bei den anderen Kollegen unterzubringen, was ihr aber jedesmal misslang, indem stets die sofortige Entfernung derselben verlangt wurde. Die Versammlung erklärte, momentan nichts gegen die Firma unternehmen zu wollen, da alle entlassenen Kollegen schon wieder anderweitig beschäftigt sind. Dann nahm die Versammlung Kenntnis von dem in Nr. 21 des "Grundstein" enthaltenen Bremer Versammlungsbericht. In diesem Bericht werden die Rabibüroer Berlins befürwortet, nach Bremen gekommen zu sein, um dagegen Streitbrecherdienste zu verhindern. Es sei hiermit richtig gestellt, dass die Rabibüroer Mann nicht der Rabibüroer Berlin, sondern der Rabibüroer Dreieisland. Weiter sei an dieser Stelle mitgetheilt, dass die der Rabibüroer Berlin III angehörenden Rabibüroer verpflichtet sind, wenn sie auf Montage arbeiten, sich bei der örtlichen Verwaltung des betreffenden Ortes zu melden.

Im Breslau soll am 23. Juni zum ersten Male im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Maurerversammlung statt, die sich eines zahlreichen Besuchs, auch von Frauen, zu erfreuen hatte. Genoss Redakteur Paul Löde referierte über das Thema: "Die gegenwärtige Krise und ihr Einfluss auf das Baugewerbe". Gegenangang seines Vortrages betonte Redner, dass die wirtschaftlichen Krisen mancherlei Ursachen entbringen, und deshalb oft leicht, oft schwerer zu ergründen seien. In der Landwirtschaft sind z. B. oft Wissenden die Ursache schwerer Krisen oder die Überproduktion mit billigen ausländischen Agrarprodukten. Weiter verursachen in Handel und Gewerbe Krieg, Zollmaßnahmen usw., oft schwerer Krisen. Solche Krisen von meist lokaler Natur sind immerhin lange nicht so schlimm, wie die großen wirtschaftlichen Störungen, die nicht einzelne Gewerbe, sondern die gesamte Industrie, und zwar die vieler Länder auf das Schwere betreffen, Krisen, wie eben jetzt wieder eine über fast alle Länder hinaus, in welchen die kapitalistische Erzeugungskraft herrscht. Redner schilderte eine Reihe Symptome dieser neuen, immer bedrohlichere Gestalt annehmenden

Krise, um sich dann der Frage zu zuwenden, wie es so kommen könnte. Zur Anfang der neunziger Jahre litten die Arbeiter unter einem ähnlichen wirtschaftlichen Niedergang von langer Dauer. Von Jahr 1895 an wurde es allmälig besser, von 1896 an aber dattet ein wirtschaftlicher Aufschwung von riesenhaftem Umfang, wie er in Deutschland noch nicht gewesen. Die Zahl der industriell beschäftigten Arbeiter stieg in Baden, Bayern und Sachsen in den Jahren 1895—1899 von 821 000 auf 1 044 000, also um 30 p. D. Diese Ziffer, auf ganz Deutschland berechnet, zeigt eine Steigerung der Arbeiterzahl von 10 Millionen 200 Tausend auf 18 Millionen 41 Tausend an. Die Zahl der Pferdekräfte der industriell betriebenen Maschinen stieg im gleichen Zeitraum von 3,4 Millionen auf 4,8 Millionen. Wie gewaltig der Wert der Produktionsmenge gestiegen ist, kann im Einzelnen noch nicht nadgewiesen werden. In der fabrikmäßigen Produktion ist dieser Wert von M. 1 780 000 000 im Jahre 1897 auf M. 9 255 000 000 im Jahre 1899 gestiegen; er hat sich in diesem kurzen Zeitraum also verdoppelt. Die Zahl der industriellen Arbeiter reichte bald für das gewaltige Bedürfnis der Industrie nicht aus und es begann ein riesenhafter Zugzug, eine wahre Volkerwanderung ausländischer Arbeiter. Zunächst machten sich die schlechtesten ostdeutschen Arbeiter auf; aus der Provinz Westen zogen nicht weniger als 60 000 Mann nach dem Westen Deutschlands. Wie stark der Zugzug polnischer Arbeiter nach dem westlichen Deutschland war, zeigt die Thatsache, dass im Oberbergamtbezirk Dortmund im Jahre 1893 17 919, im Jahre 1899 rund 70 000 polnische Bergleute ausgewandert waren. Im ähnlichem Maße stieg in den übrigen Industriebezirken Rheinland-Pfalz die Zahl polnischer Arbeiter. Im Jahre 1900 wanderten aus den russischen Grenzgebieten etwa 50 000 Preußengänger aus, die ebenso wie Böhmen, Ungarn, Galizien, die Städte der aus dem Osten nach dem Westen Deutschlands gewanderten polnisches Arbeiter einnehmen. Sehr stark war auch der Zugzug aus dem Süden. Man rechnet, dass etwa 80 000 Italiener in Deutschland Arbeit fanden als Maurer, Bauarbeiter, Bahn- und Bergarbeiter. Redner berichtet dann auf die infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs eingetretene Entwicklung der Gewerbeberufung. Die Mitgliedsziffern sind gewaltig gestiegen, die Arbeitszeit wurde verkürzt, der Lohn erhöht, wie Redner im Einzelnen näher aufweist, besonders in Beziehung auf das Baugewerbe. Die gute Zeit hat leider nicht lange gedauert, der Umschlag ist überhandig schnell erfolgt. Wie Barmen & Bochum gleich Siegeln durch die Welt ziehen und alle ähnliche Darbietungen aus dem Felde schlagen, so haben die amerikanischen Eisenkönige einen Siegeszug nach Europa gemacht, um unseren Eisenmarkt für sich zu erobern. Der starke Rückgang der Eisenindustrie zeigt einen Rückgang aller Gewerbe nach sich. Das Buchdruckergewerbe zeigt solche wirtschaftliche Niedergänge immer, um schnellsten und sichersten an. Der Stadl auf dem Gebiet folgte und bald äußerte sich die Knappheit des Geldes derbedenbringend auch im Baugewerbe, wie Redner näher darlegte. Dann legt Redner die nationalökonomischen Ursachen dieser Entwicklung in gemeintverständlicher Weise dar. Unsere wirtschaftliche Entwicklung charakterisiert sich in folgenden vier Stufen: In der Haushaltswirtschaft, die nur für den eigenen Bedarf produzierte, in den folgenden Stadtgewerbe, in der der Handwerker für den Bedarf anderer Personen schaffte und die Erzeugnisse seiner Arbeit im engen Kreise gegen andere ihm notwendige Erzeugnisse austauschte, in der darauffolgenden Landwirtschaft, d. h. der weiter entwickelten handwerklichen, auf die Bedürfnisse auch weiter entfernter Orte wie des ganzen Landes gerichteten Produktion und in der heute herrschenden Weltwirtschaft, die infolge des riesig entwickelten Verkehrsweises und der markenhafte gesteigerten Produktionsmöglichkeit die Bedürfnisse der ganzen Erde für den Weltmarkt produziert. Das Charakteristikum dieser Weltwirtschaft aber ist die völlige Planlosigkeit, das wilde Drahtstossarbeiten und die dadurch hergerichtete Wechsel des Aufschlusses und des darauffolgenden Niedergangs der Produktion. Die Lösung dieser Frage kann nicht die Gewerbschäften beschäftigen, sie ist in der allgemeinen politischen Tätigkeit der Arbeiter zu suchen. Mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit, gerade in schlechter Zeit treu zur Gewerbe zu stehen und das Errungenne aus guter Zeit fest zu halten, schloss Redner unter lebhaften Beifall seinen Vortrag. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Möller und Rother. Schließlich wurde eine von dem Kollegen Möller eingebrachte Resolution angenommen, durch welche die Verammlung verbrachte, auch in der gegenwärtigen Krise an dem Zentralverband der Maurer Deutschlands festzuhalten, weil sie in demselben das beste Mittel erachtet, etwaigen Überfällen oder gar Lohnkürzungen der Unternehmer entgegenzutreten. Ein Bunte "Verchiedenes" wurde der Wunsch laut, die örtlichen Versammlungen nur an Sonntag Nachmittagen stattfinden zu lassen. Kollege Möller schied hierauf heraus die Möglichkeit eines vereins ein Jahr französisch mit zwei Kindern gelegneten Kollegen und erinnerte die Anwesenden, dasselben eben zu unterstützen. Dann folgte Schluss der Versammlung. An die Kollegen wird hiermit das Gedächtnis gerichtet, auch für die nunmehr öfter stattfindenden Volkerversammlungen mehr Interesse zu zeigen, als es das letzte Mal der Fall war. In dieser Versammlung waren von etwa 1000 Teilnehmern nur höchstens 40 Maurer.

Im Saale der "Konkordia" in Frankfurt a. M. fand am 18. Juni eine gutbesuchte öffentliche Maurerversammlung statt, welche sich mit der auf einigen Bauten eingeführten 11stündigen Arbeitszeit beschäftigte. Maurer Herborn wies in seinem Referat auf das illegale Verboten der Maurer hin, welche die im Jahre 1898 getroffene Vereinbarung durchbrochen und sich nicht an die festgelegten zehn Stunden halten. Genoss Redakteur Paul Löde referierte über das Thema: "Die gegenwärtige Krise und ihr Einfluss auf das Baugewerbe". Gegenangang seines Vortrages betonte Redner, dass die wirtschaftlichen Krisen mancherlei Ursachen entbringen, und deshalb oft leicht, oft schwerer zu ergründen seien. In der Landwirtschaft sind z. B. oft Wissenden die Ursache schwerer Krisen oder die Überproduktion mit billigen ausländischen Agrarprodukten. Weiter verursachen in Handel und Gewerbe Krieg, Zollmaßnahmen usw., oft schwerer Krisen. Solche Krisen von meist lokaler Natur sind immerhin lange nicht so schlimm, wie die großen wirtschaftlichen Störungen, die nicht einzelne Gewerbe, sondern die gesamte Industrie, und zwar die vieler Länder auf das Schwere betreffen, Krisen, wie eben jetzt wieder eine über fast alle Länder hinaus, in welchen die kapitalistische Erzeugungskraft herrscht. Redner schilderte eine Reihe Symptome dieser neuen, immer bedrohlichere Gestalt annehmenden

daritätsgefühl zeigen, sei eine Folge davon, daß sie zu wenig Arbeitgeberläuter, namentlich die „Volksstimme“, die in erster Linie die Interessen der Arbeiter vertritt, lezen, sondern sich mit Blättern wie den „General-Anzeiger“ zu begnügen. Angenommen wurde folgende Resolution: „Die heute am 18. Juni 1901 im Hotel „Zur Konforia“, Gr. Hirschgraben 19 hier, versammelten Maurer von Frankfurt und Umgegend, die sich mit der Nachlehrhaltung der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Maurergewerbes zu Frankfurt a. M. im Jahre 1898 vereinbarten Arbeitsordnung, wonin unter § 2 eine zehntägige Arbeitszeit festgelegt ist, beschäftigen, protestieren dagegen, daß an städtischen Bauten, wie Theatern und Rathausneubau, Bauten im Bischöflichen, an den Beamteneinfamilienhuusen usw., durch die ausführenden Unternehmer, wie Ph. Holzmann & Co., Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten, Th. Streit, Gebrüder Jäger usw., im Gegensatz zu den Privatbauten Frankfurts, wieder die elfstündige Arbeitszeit eingeführt ist, wogegen wohl bei dem gegenwärtig schwächeren Geschäftsgange am wenigsten Veranlassung vorliegt. Die Versammlung beauftragt dieserhalb ihre Lohnkommission, eine diesbezügliche Eingabe mit der Bitte um Abhilfe an den wohlbüdlichen Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main zu richten und giebt sich der Hoffnung hin, daß das wohlbüdliche Magistrat dafür Sorge trägt, daß an städtischen Bauten von den die Arbeit ausübenden Unternehmern mindestens dieselben Löhne und Arbeitsverhältnisse eingehalten werden, wie solche in Frankfurt a. M. allgemein bestehen. Im Weiteren wird die Lohnkommission beauftragt, von der dem Magistrat unterbreiteten Eingabe, sowohl der die Arbeit ausübenden vorstehend genannten, sowie auch dem Stadtvorordneten Herrn Dr. Quardt Kenntnis zu geben.“

Der Zweigverein Gera hielt am 11. Juni eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Räder schloß in einem sehr lehrreichen Vortrage das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen in den freien, sowie den Zwangsbinnungen, berührte hierbei die Innungsgerichte, Innungskantinen usw. und wies auf die wenigen Rechte hin, die den Arbeitern zu stehen, insbesondere auf die §§ 91, 94, 95, 98 und 103e der Gewerbeordnung. Sein Vortrag, der sehr beifällig aufgenommen wurde, gipfelte in der Aufforderung, daß die Arbeitnehmer möglichst viel Gebrauch von den ihnen zufließenden Rechten machen möchten, damit den Unternehmern die Lust am Innungsrundum vergehe. In der Diskussion wurde erwähnt, daß die hiesigen Maurer wegen Unkenntnis des Gesetzes seit langer Zeit von der Innung an der Rose herumgeführt worden sind, besonders im Geleitenausnahmefach. Nachdem noch Verbands- und Berufsaangelegenheiten erörtert wurden, erklärte Genosse Räder noch einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Auskunftsbüros, und hob besonders hervor, daß infolge der großen Ansprüchlichkeit in der letzten Zeit das Bureau eines weiteren Aufbaus bedarf und mehr Mittel hierzu erforderlich werden.

Das Görlitzer iibrus uns gefährdet: Auf den Neubauten des Maurermeisters Pichler herrichten geradezu schauderhafte Zustände. In kurzer Zeit sind auf dem Bau fünf Arbeiter verunglückt. Erst stürzte ein Zimmermann aus der Höhe der zweiten Etage, dann folgten zwei Maurer, die beide von der zweiten Balkenlage in den Keller fielen. Balkenabdeckung oder Einschub waren nicht vorhanden. Die Ringmauerwerke werden über die Hand gemauert, Schüssegriffe sind nicht vorhanden. Auf einem anderen Bau des Pichler stürzte ein Maurer von der ersten Etage ab und zog sich Brustquetschungen und andere innere Verletzungen zu. Als Pichler von dem Unfall erfuhr, meinte er, der Verunglückszeit betrunken gewesen, was aber von den Mitarbeitern desselben bestritten wird. Bei Pichler wird den ganzen Tag über mit Lebhaftigkeit gearbeitet. Ein Arbeitnehmer steht fortwährend hinter den Leuten, um aus diesen so-biel-heraus-zufinden, damit Herr Pichler wieder eine Erholungsreise nach Italien machen kann. Es muß bemerkt werden, daß die bei Pichler arbeitenden Maurer größtentheils der Organisation fernstehen, und weiter sei bemerkt, daß Pichler der Oberfachmacher der Görlitzer Unternehmer ist und auch veranlaßt hat, daß die Lohnkommission der Maurer gemäßigt wurde, als die Maurer in diesem Frühjahr Lohnforderungen stellten. — Am 24. Juni machte ein Maurer Angeize beim Bürgermeister von den Zuständen auf den Pichler'schen Bauten. Erst wollte das Stadtoberhaupt die Klage nicht annehmen, später hat er aber doch einen Schlußmann auf den Bau gesetzt, der die Gerüste &c. in Augenschein nahm und sich Notizen machte. — Ob nun Abhilfe geschaffen wird? jedenfalls muß die Bauarbeiterchaft thätiger als bisher eingreifen.

In Köln fanden am 18. und 19. Juni sehr gut besuchte Maurerversammlungen statt. Die erste Versammlung tagte im „Kaisersaal“ und beschäftigte sich mit einer eventuellen Arbeitsniederlegung der Maurer Kölns. Die Kollegen Brandt, Freyer und Schulz verwiesen auf den Streit der Zimmerer und den heimelnden Ausstand der Stofftäteure. Beide verwandte Berufsgenossen haben sich durch ihre Erringeit十分 bedeutende Erfolge errungen. Von den Maurern kann man dies leider nicht konstatieren. Von den in Köln beschäftigten Maurern hat bisher nur immer ein ganz kleiner Bruchteil der Organisation angehört. Darum brauchten auch die Unternehmer, denen in jedem Jahre ein Lohnarbitrat zugestellt wurde, hierauf gar nichts zu reagieren. In der Versammlung wurde auch auf die Errichtung der Neustadt hingewiesen. Die Arbeiter, die daran geschaßt haben, sind entweder längst tot oder fristen als abgerückt und arbeitsunfähige Greise oder als Krüppel ein erbarmungswürdiges Dasein. Anders die Unternehmer; die wohnen im schönsten Stadtviertel und vergehen in Muße den in Gott ungemein Arbeitserwerbs. — Die zweite Versammlung fand im „Kaisersaal“ statt, und obwohl vorher ein anderes Hotel bestimmt worden war und eine Abänderung auf den Versammlungsorten nicht mehr getroffen werden konnte, war der Versammlungsbesuch über Gewohnter gut; der Saal war nicht besetzt. Kollege Richard Hartwig-Dresden referierte über: „Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation und wie können die Maurer Kölns ihre traurige Lage verbessern?“ Der Vortrag wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Dann berichtete der Zimmerer Höß über den Stand des Zimmererstreits und erklärte die Maurer, unter keinen Umständen Zimmerarbeit zu verrichten. In der Diskussion wurde von allen Rednern auf die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der Organisation hingewiesen. Mehrere Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen, und mit einem

Hoch auf das Gebehen der Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Eine von 140 Kollegen besuchte Versammlung tagte in Königsberg i. Pr. am 18. Juni. Kollege Schwarz-Gumburg referierte über: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Bauwesen.“ Redner wies insbesondere auch darauf hin, daß im Bauwesen keineswegs Rücksicht auf das Wohnbedürfnis der breiten Masse genommen werde. Gerade für diese eminent wichtige Kulturaufgabe sei angeblich kein Geld vorhanden. Das Baugewerbe ist der Spekulation allerlei unfaulener Gründer verscholl, und besonders mit dem Grunde und Boden, der sich für Bebauungswürde eignet, wird ein geradezu schrecklicher Butcher getrieben. Zum Schluß ermahnte Redner die Kollegen, treu und fest zur Organisation zu halten und alle Kräfte für deren Ausweitung und Erklärung einzufügen. Im 2. Punkt wurde ein „Arbeitsbeitrag“ diskutiert, der die Unternehmer den Gesellen zur Unterschrift vorgelegt haben. (Warum wird denn die „Arbeitsordnung“ nicht in einigen Exemplaren oder in Abschriften eingefand? Die Red.) Von verschiedenen Seiten wurde darauf verwiesen, daß das von den Unternehmern vorgelegte Schriftstück gegen die guten Sitten verstößt. — Im Punkt „Verschiedenes“ wurden die Kollegen aufgefordert, auf die „Volkszeitung“ zu abonnieren und sich deren Veröffentlichung angelegen sein zu lassen. Sechs Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

Am 18. Juni fand in Krötschin eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Baude aus Breslau hielt einen lebhaften Vortrag über Organisation. Kollege Richter schürzte die Wirkung auf den Bauten, die schlechten Schlafstellen und Aborte. Jeder Kollege müsse dafür eintreten, daß Abhilfe geschaffen werde. Von Kollegen Baude wurde der Streit in Lissa etwas beleuchtet, und die Kollegen dringend erzählt, den Lissauer Kollegen mögt in den Büuden zu fallen. Sechs Kollegen, welche Mitglieder der Baustelle Strehlen-Krötschin sind, und zur Zeit in Strehlen bei Lissa arbeiten, wurden aus dem Verband ausgeschlossen. Ein Kollege ließ sich in den Verband aufnehmen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

In Rawitsch tagte am 16. Juni eine gut besuchte öffentliche Bauarbeiterversammlung im Vereinslokal. Kollege Baude-Breslau führte den Kollegen den Werth der Organisation klar vor Augen. Recht gut zu Herzen sprach der Referent den Zimmerern, die in der Versammlung erschienen waren, daß sie sich der Organisation anschließen möchten; was auch seit kurzem geschieht ist. Viele Kollegen haben sich dem Maurerbund angegeschlossen, und ift zu hoffen, daß in kürzester Zeit die anderen Kollegen folgen werden. Auch wurde in der Versammlung befürchtet, daß das erste Stiftungsfest in nächster Zeit gefeiert werden soll. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Zentralverband die Versammlung.

Am 25. Juni fand in Solingen im Lokal des Herrn C. G. W. Wehrholtz eine Maurerversammlung statt. Der Kollege Willy Juritz schiberte den Verlauf der Versammlung. Mit einer Firma wurde angefangen, aber im Verlaufe von 10% Wochen mußten 14 Unternehmer gesperrt werden, welche uns die elfstündige Arbeitszeit aufzufordern wolle. Die Unternehmer verjährten, „Arbeitswillige“ heranzuziehen, was ihnen auch infolge der großen Arbeitslosigkeit gelang. All' unter Bewußtsein, die Zugangsgegenstände, welche viel aus Italienern, Böhmen, und Niederländern bestanden, zur Kreise zu bewegen, mißlang zum großen Theil. Da nun auch viele unserer Kollegen, welche anderweitig untergebracht waren, aber wegen Mangels an Arbeit dort auch entlassen wurden, wankelmäßig geworden sind, und die Zahl der Streikbrecher immer größer wurde, beßtob die heutige Versammlung, die Bausperren einzuheben aufzuhören. Hierauf wurden 20 Kollegen, welche zu Streikbrechern gehörten, sind, durch eintönigen Beschuß ausgeschlossen. Es wurden darauf die Kollegen Heinrich Wornemann, Joh. Kestler und Wilhelm Krüger als Kassenrevisoren gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wies der Kollege Hermann Matthes auf die Laufzeit der Kollegen hin, betreffend den während des Streites eingeführten Fonds. Mit der Erklärung, recht rege für den Verein zu agieren, wurde die mäßigig besuchte Versammlung geschlossen.

In Wiesbaden tagte am Donnerstag, den 20. Juni, im Lokale „Zu den drei Königen“, eine gut besuchte Versammlung der Maurer des Kreises Wiesbaden. Der erste Punkt der Tagesordnung war: „Stellungnahme zu der Aussperrung der Zimmerer.“ Die in der Versammlung anwesenden Vorstandsmitglieder der Zimmerer, Jäger und Storchbank, legten der Versammlung den Sauberhalt klar, und forderten die Maurer von Wiesbaden und Umgegend auf, ihnen zur Seite zu stehen und durchaus keine in das Zimmerhandwerk schlagenden Arbeiten zu verrichten. Dem, würde die Aussperrung zu Ungunsten der Zimmerer ausfallen, so würde gar bald das ganze Unternehmertum von Wiesbaden und Umgebung den organisierten Arbeitern solche Arbeitsverträge (Knebelungsverträge), wie den Zimmerern, zur Unterschrift vorlegen. Nach langer Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den hiesigen Zimmerern solidarisch und nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die heute, am 20. Juni, tagende Kreisversammlung der Maurer von Wiesbaden und Umgebung erklärte sich mit den Ausführungen des in dieser Versammlung anwesenden Vorstandes der hiesigen Zimmerer einverstanden und beschließt, keine Zimmerarbeiten zu verrichten.“ Sodann nahm die Versammlung Stellung zu elfstündigen Arbeitszeit am, hief. Theaterumbau. Diese Arbeit wird von einem auswärtigen Unternehmer ausgeführt, der meistens ausländische Arbeiter einstellt; denn es sind unter 50 Arbeitern nur 5 von Wiesbaden zu sehen. Die Versammlung wurden darauf aufmerksam gemacht, dieß Vaußtätte, so lange dieser Nebelstand besteht, zu meiden. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer schloß der Kreisvertretungsmann die Versammlung.

einen Theil des Giebels ein. Die Anstreicher, die beide schwarz, einer lebensgefährlich, verschafft sind, wurden in's Bürgerhospital gebracht.

Wartenheim. (Giebelreinigung am Neubau der Leichenhalle). Wieder einmal muß ein schweres Baumüld die Niedrigkeit der von den Bauarbeitern schon so lange geforderten Baustütze beweisen. Am 26. Juni, Nachmittags 1/2 Uhr, stürzte mit einem furchtbaren Brach die Giebelwand am Leichenhallen-Neubau ein, sieben Arbeiter unter den Trümmern begraben. Drei davon mußten die Sünden der Bauleitung - mit dem Leben bezahlen; es sind dies der Maurerpate Georg Schneider aus Brückfeld, der Maurer Jakob Biererich von Wallstadt und der Maurer Jakob Kühl aus Wiesbaden. Schwer verletzt sind Johann Bünker von Wiesbaden (Ober- und Unterförsterbruch) und Heinrich Ritz; leicht verletzt der Sohn des Unternehmers Wendelin Meiere und Adolf Schneider. Einige Arbeiter konnten sich durch gewagte Sprünge rechtzeitig retten, einer kamerte sich an einen Rückbaum, derlebte brach und stürzte nach dem alten Friedhof, doch der Arbeiter kam mit leichten Hautabschürfungen davon. Unwillkürlich taucht die Frage auf, wie ist ein so schweres Unglück möglich, besonders auf einem städtischen Bau? Auf dem Papier steigen strenge Bauvorschriften, die Stadt hat Polizei-Beamte als Kontrolleure angesetzt, auf dem Unglücksbau selbst hatte ein städtischer Bauleiter die Kontrolle auszuüben, und trotzdem das schwere Unglück. Das beweist von Neuem, wie recht die Bauarbeiter haben, wenn sie behaupten, alle papieren Vorschriften, auch die Kontrolle durch Polizei-Beamte, kann unter Leben nicht aufrechterhalten, sondern es müssen praktisch geübte Bauarbeiter mit der Kontrolle betraut werden. Als Zeugnis des Baumüllenturms nehmen Sachverständige die zu weite Spannung der Bogen an, also schwere Konstruktionsfehler. Doch auch die Ausführung der Arbeit weist schwere Mängel auf. An der einen Seite der Vorhalle hat die Grundinna nicht zugereicht, deshalb ist der Soden einfach 4—5 cm übergezogen worden. An den Haubensteinen diejenigen, die zuweilen haben eine Länge von höchstens 80 cm und eine Breite von circa 15 cm, das übrige Mauerwerk ist aus Backsteinen ausgeführt, nach dem Verputz fallen die Hausteine noch 3 cm vor. Der Verband der Hausteine mit dem Ziegelmauerwerk wird dadurch sehr beeinträchtigt. Über das Parterre ist ein Balkengurt gezogen, die Steine sind etwa 25 cm hoch und haben eine Ausladung von 20 cm. Infolge des Einsteiges steht man, daß die vier Steine kaum so viel Auflage, als Ausladung haben. Von einem Theil des stein gebüschten Mauerwerks hat sich der Balkengurt glatt abgelöst, und auch dieses dürfte schließlich wesentlich zum Einsturz mit beigetragen haben. Auch war an dem etwa 15 m hohen Giebel nicht die geringste Verankerung angebracht. Der stein gebüschte zweite Giebel weist bereits eine ziemlich große Ausbaudung auf, es dürfte ein mächtiger Windstoß genügen, denselben bollens zum Stürzen zu bringen. Recht eigenhümliche Lehren scheint ein Theil der hiesigen Meister aus dem Unglücksfall zu ziehen. Giebert äußerte einer dieser Herren: es soll mit nur noch einmal ein städtischer Kontrollor Vorschriften machen wollen, dann werde ich aber gründlich ausplaudern. Also nicht die Lehre, daß eine weit schwächer Kontrolle nötig sei, sondern womöglich eine Verstärkung derselben zieht das Unternehmertum aus diesem schweinen Unglück. Wenn werden endlich die Bauarbeiter auch ihrerseits die nötigen Lehren daraus ziehen? Keiner der Beteiligten weiß, was organisiert.

* Zum Bauarbeitershut. Der Rat der Stadt Leipzig hat am 12. Juni d. J. eine neue Verordnung erlassen, die einige Verbesserungen gegen früher entfällt. Es ist ein neuer § 7 eingefügt, wonach in den Obergeschossen des Hochbautes Unterräume aufzutreffen sind. Laut § 8 ist der Beitraum, in dem die Dienste gegen Zugluft abgedichtet werden sollen, vom 1. November bis 31. März befreit. Vorher hieß es: vom 15. November bis 15. März. Das die am Bau beschäftigten Arbeiter in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April eine Feizbare Baulinde benötigen, hat der Rat der Stadt Leipzig noch nicht einschauen, obwohl in kleinen Städten Sachsen derartige Vorschriften bestehen. Hoffentlich wird der Leipziger Stadtrath von der Bauarbeiterchaft dazu gedrängt, baldigst eine dritte, verbesserte Verordnung herauszugeben.

* Zum Submission und ihre Folgen. In der Nähe Pinneberg, sowohl uns von dort mitgetheilt, wurde vor etwa vier Wochen ein Neubau in Submission vergeben, zu dem der Bauherr das Material selbst lieferte; es handelte sich bei der Vergabe des Neubaus also nur um Arbeitslohn für das Vermauern und Verputzen von etwa 65 bis 70 000 Mauersteinen; die Fundamentierung des Neuen wurde aus Beton hergestellt. Bei der Bewerbung um die Arbeiten wurden folgende Angebote gemacht: Wegner & Lohse M. 1850, Struppe M. 1730, Runge M. 750. Der Letztere erhält als der Mindestfordernde den Auftrag. Das Angebot betrug also nicht weniger als M. 1100. Meister Runge baute nun lustig darauf los. Ohne Aufenthalt und Störung wurde der Bau zum Richtfest fertiggestellt. Da aber möchten die Ringmauer nicht mehr die ihnen gegebene Richtung innehaben: sie gingen auseinander und drohten einzufallen. Um dies zu verhindern, mußten die Maurern und später auch die Schiebelwände abgebrochen werden. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Fundamentierung in erübriger mangelhafter Weise hergestellt war. Die 70 cm tiefe Baugruben war einfach mit dem Beton vollgeworfen, ohne ihn festzuwalzen, und in derselben Weise das 50 cm über das Erdreich heruntergehängte Fundament hergestellt. Der zu der Betonierung herbeigehende Beamte war so schlecht, daß er, wie unser Gehörtsmann versichert, sich noch 14 Tage nach der Verarbeitung mit der Hand auseinander reiben ließ, wie ein trocken gewordener Erdloch. Ob nun der Bauherr so schlechtes Material lieferte, daß sich damit bessere Arbeiten nicht herstellen ließen, bleibt dabingestellt. Die Schulden am dem heruntergefallen Bau kann allem nur dem Unternehmer beigebracht werden. Er mußte als Gehörtsmann den Bauherrn darauf aufmerksam machen, daß man mit Sand allein keine hältbaren Arbeiten liefern könne. Bei ihm scheint aber das Prinzip abgewehrt zu haben: Wenn nur der Bau erst fertig ist und ich habe mein Geld in der Tasche, nachher mag er gerne wieder zusammenfützen. Den Bünftern im Bauhandwerk, die nicht laut genug nach dem Befähigungsnachweis fordern können, sei noch bemerkt, daß der Unternehmer Künneburg Künne als Mitglied angehört.

Vom Bau. Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

Rödlin. An einem Hause in der Blumenstraße waren zwei Unstrecken auf dem üblichen Hangererist beschäftigt, den Giebel anzustreichen. Plötzlich löste sich das gesamte Dachgesims, an welchem der Giebelstuhl befestigt war, und die beiden Arbeiter stürzten mit hinab. Gleich darauf fiel auch

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* **Invalidenversicherung.** (Wiederholung.) [Umtausch der Quittungskarten.] Die Quittungskarte verliert ihre Gültigkeit, wenn sie nicht innerhalb zweier Jahre nach dem auf der Karte verzeichneten Ausstellungstage zum Umtausch eingereicht ist. (Sist die Annahme begründet, daß der Versicherer ohne sein Verschulden den rechtzeitigen Umtausch veräumt hat, so kann der Vorstand der Versicherungsanstalt des Beschäftigungsvereins, auf Antrag des Versicherer die fortlaufende Gültigkeit der Quittungskarte anerkennen.) Der Bundesrat ist befugt, anzurufen, daß die Gültigkeitsdauer der Karten durch Abstempelung verlängert werden kann. (Es darf gleichzeitig Entrichtung von Beiträgen.) Die nachträgliche Entrichtung von Beiträgen für eine versicherungspflichtige Beschäftigung ist nach Ablauf von 2 Jahren der Gültigkeit unzulässig. Alle Versicherungspflichtigen müssen zur Vermeidung des Verlustes dafür Sorge tragen, daß die geschuldeten Beitragssummen umgehend nachgezahlt wird. (Sist die Beitragssumme wegen Verjährung einer bisher freitragenden Versicherungspflicht oder aus anderen Gründen ohne Verzulden der Beteiligten unterblieben, so ist die nachträgliche Entrichtung nach Ablauf von 4 Jahren unzulässig. Personen, die sich selbst versichern oder noch auszusteilen aus der Versicherungspflicht die Versicherung fortsetzen, s. §. Selbstständig gewordene Gehilfen, Gelehrte, Dienstleistungen nach ihrer Verherrlichung, dürfen freiwillig Beiträge für eine längere als 1 Jahr zurück liegende Zeit sowie nach eingetretener Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht mehr entrichten.)

Polizei und Gerichte.

* **Zur Handhabung des bayerischen Vereinsgesetzes.** Die Zahlstelle Kissingen des Maurerverbandes berief nach einem Interat der "Sachezeitung" in Bad Kissingen vom 9. März 1901 zwei Maurerversammlungen nach Nürnberg und Garching ein, in der der Maurer F. Merkl aus Nürnberg über: "Die gegenwärtige Lage" der Arbeiter im Allgemeinen und die der Maurer im Besonderen referieren sollte. Die Versammlungen waren behördlich nicht angemeldet, da es sich nur um die Behandlung gewerkschaftlicher, nicht aber öffentlicher politischer Angelegenheiten handelte. Das Bezirksamt Kissingen sandte zu der Versammlung nach Nürnberg den Bezirksschultheiß Dr. Fr. Ficht, v. Gagern als Überwachenden ab. Der Beamtenschaft in Kissingen bestand in dem Nachnamen der Verammlung einen Vertrag gegen Art. 2 des bayerischen Vereins- und Verfassungsgesetzes und stellte dies dem Referenten Merkl mit, der sich der Anschauung des Beamten nicht anschloß, sondern die Eröffnung der Verammlung veranlaßte, um seinen Standpunkt zu dieser Frage darzulegen. Der Überwachende forderte nun die sofortige Schließung der Verammlung, welche Verlangen entsprochen wurde. Merkl erhob gegen das Vorgehen des Beamten Beschwerde bei der Regierung von Unterfranken, die unter dem 24. März d. J. entschied: "Das ergangene Verbot der Schließung der Verammlung war als nicht gerechtfertigt anzuklären und die hiergegen erhobene Beschwerde als beständiger zu erneutern." (Minif. Enth. vom 24. Februar 1898.) Damit wäre die Angelegenheit auf Verwaltungsrechtlichem Wege erledigt gewesen und die Begründung der Regierungsentcheidung war so klar, daß sich Herr Assessor Dr. Fr. Ficht v. Gagern hätte berügen können. In der Zwischenzeit erhielt aber Merkl wegen Verstößes des Art. 2 des B. B. Ges. ein Strafmandat, lautend auf 5 Mark nebst den Kosten, und diese Verlegung soll er bei der Gelegenheit begangen haben, die Regierung als keine Verlegung des Vereinsgesetzes betrachtete. Gegen dieses Strafmandat erhob Merkl Einspruch und am 16. Juni wurde, das den Einspruch Münnerstadt darüber verhandelt, das den Einspruch Merkl's verwahrte. Selbstverständlich hat Merkl nun Verweisung an das Landgericht Schweinfurt eingezogen und sich bei der Entscheidung des Amtsgerichts Münnerstadt nicht beruhigt. In jener Verhandlung war Herr Dr. Fr. Ficht v. Gagern als Amtsbeamter tätig. Die verwaltungsrechtlichen und die strafrechtlichen Anklamungen über die Auslegung des Vereinsgesetzes ließen sich in diesem Falle so diametral gegenüber, daß von einer Klarheit der vereinsgesetzlichen Bestimmungen nicht gut gesprochen werden kann. Der gewöhnliche Arbeiter soll sich da zurechtfinden, wo sich die Gelehrten nicht einig sind. Den Kenner der Verhältnisse ist es allerdings heute schon klar, daß der strafrechtliche Feldzug für die Verhöhlterung des Vereinsgesetzes ein Fiasko erleben wird.

* Ein eigenartiger Fall polizeilicher Willkür wird uns aus Konitz berichtet. Auf Einladung einiger Konitzer Kollegen war der Kollege Rothenhal aus Braunschweig nach Konitz gekommen, um mit ihnen über die Gründung eines Zweigvereins unseres Verbandses zu konferieren. Die Unterhaltung stand in einem Wirtschaftslokal am Bierstück statt. Einige Kollegen erklärten im Laufe des Gesprächs, für die Errichtung eines Zweigvereins würden zu wollen und selbst als Mitglieder beitreten. Um die Namen und Adressen derselben festzustellen, nahm der Kollege J. Zehn Papier und Feder zur Hand und machte die nötigen Notizen. Noch hiermit beschäftigt, traten drei Polizeibeamte in das Lokal und erklärten, die Versammlung sei aufgelöst und bestimmt, daß sie bei den Beamten statt vom dem Kollegen Rothenhal mitgebrachte Protokoll vom 6. Verbandsstage, ein Verbandsstatut und die von der Generalkommission herausgegebene Broschüre betreffend das Vereins- und Verfassungsgesetz, trotz des Widerspruchs des Kollegen Rothenhal, daß eine Versammlung garantiert stattfindet und zu der Beschlagnahme kein gesetzlicher Grund vorliege.

Wenn die Polizei glaubt, durch beratliche Mittel die Kollegen von der Errichtung eines Zweigvereins abzubringen zu können, so irr sie sich sehr. Unser Kollegen sind diejenige sehr enttäuscht, nunmehr erst recht für die Errichtung eines Zweigvereins unseres Verbandses thätig zu sein. Sie hoffen, daß ihnen dies in kürzester Zeit gelingen wird und daß die in dem kleinen Städchen etwa wohnenden 80 Maurer dem Verbande zugeführt sein werden. Gegen das unberichtigte Vorgehen der drei Polizeiorgane wird Beschwerde geführt werden.

Verschiedenes.

* Was kostet die Frau? Meist sind es die billigen Innenentwürfe, um möglichst viel Papier zu sparen, leichter wie, oft über ihre eigene Klasse, geistlose Erzählungen,

Schauspielchen, Sensationsnachrichten und dergleichen Dinge, mit denen die Zeitungen ihre Spalten füllen. Vor allen sind es aber die sogen. farblosen Blätter, die hinter dem Deckmantel der "Unparteilichkeit" eine mehr oder minder verdeckte Arbeiterfeindschaft vertragen. Gerade diese Zeitschriften sind am meisten geeignet, die Arbeiterinteressen direkt zu schädigen, weil die einflussreichste Zeitungsfotografie dieser Missionsblätter die Arbeiter und die Arbeitervorstände vor der Vertreibung ihrer wahren Interessen abhält. Es ist eine Thatsache, und wer jemals Gelegenheit gehabt, in den Wohnungen der Arbeiter Zeitungsagitation zu treiben, kann es bestätigen, daß in ähnlich ausgestatteten Räumen Arbeitervorstände hausen, denen man es anstrebt, daß sie nur Notz und Elend im Leben erfahren und trocken nicht zum Halten einer Arbeitersetzung zu gebrauchen sind. Warum? Vergleichend wird man eine triftige Begründung erwarten. Es ist die Unkenntnis der Frau über die ökonomischen Verhältnisse, die oft findlich-naiv die Ausfüllung des ganzen sozialen Lebens, die mangelhafte soziale Erziehung der Kinder von Seiten des Mannes, den die Frau oft selbst noch vom Leben der Zeitung abhält, welche allein die Interessen der Arbeiter vertritt. Nur die Partei, welche den Mut hat, furchtlos und konsequent für Herbeführung besserer Zustände zu sorgen, verdient die Unterstützung der Arbeitervorstände. Das müssten auch die Frauen beherzigen und nicht die Männer zurückhalten, sondern anstreben, die am Ort oder in der nächsten Stadt erscheinende sozialdemokratische Zeitung zu abonnieren.

Eingegangene Schriften.

Die Nr. 14 des „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 27 des „Grundstein“ zum Verband kommt, hat folgenden Inhalt: Über einige Vorurteile gegen die Organisation. — Gegen die Streitbrecher. — Wer sich als Chef hergibt, wird vom Wolf gefressen. — Einiges Neues über die Auto-Industrie in Sandhausen. — Die Streiks im Jahre 1900. — Das Submissionswerk ist ein Unding. — Missbrauch in den italienischen Paracendefliden — Korrespondenzen. — Eine Fabel Dolto's. — Für das Auswanderer-Sekretariat in Udine. — Lohn und Streitbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Verschiedenes vom Inn und Ausland.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag). Heft 39 des 19. Jahrganges hat folgenden Inhalt: Über Aussführungs-literatur. — Die Lehren des Transvaalkrieges. Von H. Stödel. — Internationale Bergarbeiterkongresse. Von Otto Hüe. — Aus der deutschen Genossenschaftsbewegung. Von Herm. Fleiner. — Einen neuen Erfolg. Von D. Bach. — Literarische Rundschau: Walther Claffin, Soziales Rittertum in England. Dr. Karl Borinskij. Das Theater. Von Dr. phil. D. Bach. — Notizen: Die Berliner philosophischen Gesellschaft. Ein Kritiker des Marxismus. Feuerstein: Schöpfbauer über den Tod. Gemessen an der Lebensphilosophie des Sozialismus. Vortrag, gehalten von Adolf Hennig, St. Louis. (Schluß).

Briefkasten der Redaktion.

Glogau, S. Ihre Versammlungsanzeige kam für Nr. 26 zu spät. Der „Grundstein“ wird schon Dienstag 8. März gedruckt. Ihre Karte kam jedoch erst Nachmittags hier an.

Solingen, J. Den Abdruck Ihrer „Berichtigung“ lehnen wir ab. Wir wollen Ihnen aber dennoch, das weiter Streitleitung noch Verammlung das Recht hatten, die Unterstützung zu erhalten. Die Fehlzeugung der Unterführung ist lediglich Sache des Vorstandes, und über die richtige Auslegung des Statuts haben die dem Vorstande übergeordneten Instanzen zu entscheiden.

Schladen, M. Ihre Versammlungsanzeige kam für Nr. 26 d. J. zu spät; eigentlich hätte sie auch schon in Nr. 25 veröffentlicht werden sollen. Nebenbei wollen Sie beachten, daß Sie uns jedesmal die Angelegenheiten müssen und zwar spätestens bis Montag Morgen der betreffenden Woche.

Kassel, A. St. Die Aufnahme der Berichtigung bezüglich des Ausschlusses des Emil Hermann lehnen wir ab. Der Ausschluß ist unseres Erachtens zu Recht erfolgt und ist dabei die Chafta, daß Hermann vorher, weil er den Vorstand fürchten sollte, ausstieg, ohne Belang. Hermann mag sich, wenn er sich zu Unrecht ausgeschlossen glaubt, an die im Statut vorgesehenden Instanzen wenden.

Lüdenscheid, G. St. Unfallrente erhalten Sie erst nach Ablauf der 13. Woche oder nach Beendigung des Heilbehandlungs-zeitraums, sofern dasselbe vor Ablauf dieser Zeit eingestellt wird. Die Höhe der Rente richtet sich nach dem Jahresverdienst und beträgt im Höchstfalle 66% der Rente, die Höhe der Rententrente wird nach dem eingebüßten Grad der Erwerbsfähigkeit bemessen.

Der Antrag auf Fortsetzung einer Rente müssen Sie bei dem zuständigen Sektorvorstand der Nordhessischen Bergwerks-Genossenschaft stellen. Ausgeschlagen wird Ihnen die Rente auf Anwendung der Berggenossenschaft durch die Post und zwar im Vorau. Eine Entziehung der Rente findet statt, wenn der Zustand durch welchen Sie bedingt wurde, bestellt ist, d. h. wenn Sie die volle Erwerbsfähigkeit wieder erlangt haben. Vom Beginn der fünften Woche haben Sie, erprobtes Krankengeld zu entrichten und muss zwei Drittel des der Berechnung deselben zu Grunde gelegten Salzes betragen. Ist der Berechnung des Krankengeldes der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter für den Kreis Angermünde zu Grunde gelegt, dann würde das Krankengeld pro Tag 94,8 ausmachen. Auch der erhöhte Salz ist von der Krankenfalte zu zahlen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 28. bis 29. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 2000, Stück 400, Schwedt 250, Briesen 200, Rommels 200, Tüpf 200, Groß-Schönbeck 200, Löbau 200, Erfurt 150, Borna 150, Landsberg 100, Kassel 100, Königsberg i. Pr. 100, Worms 100, Hermsdorf 100. Summa M. 450.

Zuschüsse erhielten: Camminat M. 200, Schwerin i. M. 200, Münster i. W. 200, Güstrow 70, Frankenthal 20. Summa M. 690.

Altona, den 29. Juni 1901.

Karl Reiss, Hauptkassirer, Friedrichstraße 28.

Zentralverband der Maurer.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Unterstützung bei Sterbefällen.

Vom 1. Juli an leistet der Verband nach Maßgabe des § 18 des Statuts eine Beihilfe bei Sterbefällen, und zwar beim Tode eines Mitgliedes, sowie beim Tode der Ehefrau eines Mitgliedes.

Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Beitrags-höhe und Dauer der Mitgliedschaft. Sie beträgt:

Nach einer ununterbrochenen Mitgliedschaft von	In der Beitragsklasse					
	I u. II	III u. IV	V u. VI	VII	VIII	IX
1 Jahr	20	30	40	50	55	60
3 Jahren	25	35	45	55	60	65
5 "	30	40	50	60	65	70
7 "	35	45	55	65	70	75
9 "	40	50	60	70	75	80
11 "	45	55	65	75	80	85
13 "	50	60	70	80	85	90
15 "	55	65	75	85	90	95
17 "	60	70	80	90	95	100
19 "	65	75	85	95		
21 "	70	80	90			

Für die Auszahlung der Unterstützung haben wir folgende Normen aufgestellt:

1. Bei eintretenden Todesfällen sind dem Hauptvorstand ein amtlicher Todenschein (Sterbeurkunde) und das Mitgliedsbuch, sowie die Streitbotschaft eingesenden.

2. Sofern sich nach Prüfung der Beglaublichkeiten ergibt, daß eine Berechtigung zur Unterstützung vorliegt, setzt der Hauptvorstand die Unterstützungsgröße fest und erhält dem Vorstande des in Frage kommenden Zweigvereins eine Auszahlungs-anweisung.

3. Die Vorstände der Zweigvereine dürfen Unterstützung nur auszahlen auf Anweisung des Hauptvorstandes und gegen Entlastung. Die Quittung ist in jedem Einzelfall dem Hauptvorstand sofort nach Auszahlung des Geldes zu zuführen.

4. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt:

a) beim Sterbefall eines verheiratheten Mitgliedes an dessen Ehefrau;

b) beim Sterbefall eines ledigen Mitgliedes an dessen Vater, wenn der Vater nicht mehr lebt, an die Mutter;

c) beim Sterbefall der Ehefrau eines Mitgliedes an den Chemann der Verhörfähigkeit;

d) in allen anderen Fällen entzieht der Hauptvorstand von Fall zu Fall, an wen die Unterstützung auszuzahlen ist.

5. Die Quittung ist nur gültig, wenn sie vor den unter 4a, b und c oder den vom Hauptvorstand sonst bezeichneten Personen unterzeichnet ist.

6. Für die Abwidderung der Geschäfte ist es zweckmäßig, wenn unterstützungsberechte Sterbefälle durch die Zweigvereinsvorstände gemeldet werden, unter gleichzeitiger Mitteilung, ob zur Auszahlung der Unterstützung genügend Haupthaushelgen vorhanden sind.

7. Allmählich wird im „Grundstein“ bekannt gegeben, in welchen Fällen Unterstützung zur Auszahlung angewiesen ist.

Abrechnung für das 2. Quartal 1901.

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung für das 2. Quartal gelangen am Freitag, den 28. Juni, zur Verwendung. Zweigvereinsvorstände und Vertrauensleute, die die Sendung nicht erhalten haben, werden erucht, sofort davor Mitteilung zu machen.

Die Abrechnungsformulare nebst dem Begleitschreiben sind an die Zweigvereinsleiter und in Sachen an die Vertrauensleute gesandt.

Zur Abrechnung selbst machen wir darauf aufmerksam, daß dieselbe bis zum 15. Juli eingesandt werden muß. Bis zu demselben Datum müssen auch die in der Abrechnung aufgeführten und für die Hauptklasse bestimmten Gelde eingesandt sein. (Siehe auch das den Abrechnungsformularen beigefügte Begleitschreiben.)

Zur Beachtung für die Revisoren.

Die Revisoren haben eine der wichtigsten Aufgaben in der Organisation, sie sind den Mitgliedern eines Zweigvereins und dem Gesamtverband dafür verantwortlich, daß in dem klassischen Umfang nicht vorkommenden. Die Revisoren sind wenigstens allmonatlich einmal vorsunmelbar, jedoch steht es den Revisoren frei, zu jeder Zeit, ohne daß vorher bei dem Kassirer angemeldet zu haben, ihres Amtes zu walten.

Im Hinblick auf die aufzufstellende Abrechnung für das 2. Quartal werden die Revisoren erucht, ihre Pflicht zu thun. Bei der Revision ist ungefähr folgendermaßen zu verfahren:

1. Feststellung der Einnahmen.

Um die Einnahmen zu ermitteln, ist festzustellen:

a) Wie viel Marken und sonstige Wertzeichen der Kassirer seit der letzten Revision erhalten hat und wie groß der Markenbestand bei der vorhergehenden Revision war;

b) der bei der letzten Revision vorhandene Kassenbestand;

- e) wie viel wöchentliche Beitrags- und Eintrittsmarken seit der letzten Revision verbleibt sind (aus der Zahl der verbrauchten Marken ist dann die Einnahme für dieselben zu berechnen);
d) ob der Kassirer noch sonstige Einnahmen für den Streifonds, für Protokolle, für Kolportage des „Grundstein“ und vergleichende hatte.

2. Feststellung der Ausgaben.

Bei Feststellung der Ausgaben genügt es nicht, daß das, was der Kassirer im Kassenbuch unter Ausgaben eingetragen hat, zusammengezählt wird, sondern es sind für alle Ausgaben entsprechende Quittungen zu verlangen. Sind Gelde als an die Hauptkasse eingesandt gebucht, dann muß die Summe mit einer vom Kassirer oder von der Post ausgestellten Quittung belegt werden können.

3. Feststellung von Kassen- und Markenbestand.

Sind die Einnahmen und Ausgaben ermittelt, dann ist festzustellen, wie viel Geld und Marken der Kassirer in Händen haben muß. Beides haben sich die Revisorin vorlegen zu lassen.

Einnahmen und Ausgaben, sowie der vorhandene fehl müssende Kassen- und Markenbestand sind in's Kassenbuch einzutragen, was ungefähr auf folgende Weise geschehen kann:

Bei der vorgenommenen Revision am wurde ermittelt:

- a) Eine Einnahme mit Kassenbestand bei der vorletzten Revision vor M.
b) Eine Ausgabe von M.

Der Markenbestand betrug: Bleibt Bestand M.

- a) Eintrittsmarken M.
b) Einheitsmarken M.
c) wöchentliche Beitragsmarken M.
d) Streifondsmarken M.

4. Kontrolle der Buchführung.

Bei Kontrolle der Buchführung ist darauf zu achten, ob auch alle Einnahmen und Ausgaben richtig in's Kassenbuch und ob die von den Mitgliedern gezahlten Beiträge auch richtig in's Mitgliederberzeichnis eingetragen sind.

5. Revisionsvermerke.

Sind die Bücher richtig geführt und der festgestellte Kassen- und Markenbestand vorgelegt, dann ist dem Kassirer die Richtigkeit der Kassen- und Buchführung im Kassenbuch zu bestätigen.

Haben sich bei der Revision Unregelmäßigkeiten herausgestellt, dann ist das ebenfalls im Kassenbuch zu vermerken und dem Vorsitzenden, sowie dem Verbandsvorstand umgehend darüber Mitteilung zu machen.

6. Revision der Quartalsabrechnung.

Bei Revision der Quartalsabrechnung ist, nachdem in oben angeführter Weise die Kassen- und Buchführung revidiert ist, festzustellen, ob die in den Büchern verzeichneten Einnahmen so übertragen sind, wie auf dem Abrechnungsformular vorgeschrieben, und ob die Berechnung der Prozente richtig ist.

In derselben Weise muß kontrolliert werden, ob die auf den Abrechnungsformularn verzeichneten Ausgaben mit den Büchern übereinstimmen und ob der auf der Abrechnung angegebene Markenbestand richtig ist.

Sind die der Hauptkasse gehörenden Gelde noch nicht abgesamt, dann haben die Revisorin dafür Sorge zu tragen, daß dieselben abgesamt werden.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

find die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Alsen, Belgard i. P., Geisenheim, Lahr, Tempelburg.

Ausgeschlossen

auf Grund § 18 a des Statuts vom den Zweigvereinen Hamburg a. d. Elbe: Johann Wilt (Buch-Nr. 157271), Südingen: Georg Göbel (Buch-Nr. 228109), Philipp Hellwig (228072), Johann Hellwig (228073), Simon Becker (228128), Georg Jung I (228128), Georg Jung II (228116), Johann Selbach (228181), Christian Hartmann (228070), Heinrich Hartmann (228054), Julius Henze (228095), Georg Schröder (228127), Josef Schilling (228105), Josef Buchner (228150), Philipp Selbach (228069), Johann Wilt (228179), Josef Wilt (228172), Johann Deep (228179), Johann Müller (228055), Wilhelm Hülskamp (228152), Johann Buchner (228151); Brenzlau: Gustav Brecht (Buch-Nr. 118300); Barnstedt: Heinrich Glasmann (Buch-Nr. 72432); Neheim: Hans Heuer (Buch-Nr. 117439), Theodor Sträter (117426), Hermann Kröger (884566), Friedrich Matthias (117389); vom Vorstand: Ernst Döde, geb. in Laubagast, (Buch-Nr. 47354), s. Bl. in Dresden.

Als verloren gemeldet

find die Mitgliedsbücher der Kollegen Karl Wilt (Buch-Nr. 99008), Karl Strelis (218151), Heinrich Diek (116646), Gustav Hoffmann (116604). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Warnung.

Der Maurer Hermann Melzer (Buch-Nr. 218811), hat sich unter falschen Angaben für M. 4 Beitragsmarken und 50 Pf. in Datur erklont. Da angenommen wird, daß der selbe das gleiche Mander in anderen Zweigvereinen ausführen wird, warnt hiermit der Zweigverein Eisenberg vor dem pp. Melzer.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 25. Juni bis 1. Juli 1901 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Gaukasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Erfurt M. 200, Freienwalde 88,92, Neubulow 62,24, Sorau 14,50, Dören i. Mitt. 20, Dörrnburg 2, Berg 3, Bleckede 43,55, Cunnersdorf i. Nienburg 3,68, Niendorf 220, Oerlinghausen 63,08, Schieben durch Silberbach 16,10, Oberndorf 156,60, Riel 600, Alzenau 29,76, Summa M. 1954,48.

Streifonds.

Frankfurt a. d. Oder (18,6) M. 200, Freienwalde 27,84, Neubulow 5,68, Sorau 5,40, Oerlinghausen 4,04, Oberndorf 172,80, Löbbed 100, Schierwalden i. d. Markt (juridig). Streitunterstützung 126,50, Eberwalde 200, Glöse 18,20. Summa M. 860,36.

Für Protokolle vom 6. Verbandsitag in Mainz.

Berlin III M. 30, Steglitz 15, Magdeburg 32. Summa M. 77.

Die Zahlstellen-Kassirer resp. Einsender von Gelde werden erachtet, auf den Postabschlägen genau anzugeben, wofür das eingekürzte Auf ist.

Alle Gelde für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streifondsbeträge, sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 1. Juli 1901.

J. Köster,
Hamburg-St. Georg, Bremserstr. 11, Et.

Abrechnung für das 1. Quartal 1901 des Centralverbandes der Maurer Deutschlands.

Sitz Hamburg.

Einnahme in den Zahlstellen.

Raffenbestand vom vierten Quartal 1900	M. 2942,05
Ü. Eintrittsgelde	2287,-
wöchentlichen Beiträgen	56989,90
sonstigen Einnahmen	131,87
Zuschuß aus der Hauptkasse	12218,08
Summa	M. 78868,65

Ausgabe in den Zahlstellen.

An die Hauptkasse eingehandelt	M. 83396,56
für lokale Ausgaben (20 % p. d. der Einnahmen)	11586,30
Reiseunterstützung	17980,65
Rechtskosten	2219,19
Unterstützungen nach § 1 leichter Absatz b. Statut	2992,01
Verluste durch aufgelöste Zahlstellen	7,83
Raffenbestand am Schlusse des Quartals	2706,11
Summa	M. 78868,65

Einnahme in der Hauptkasse.

Raffenbestand vom 31. Dezember 1900	M. 13229,89
Ü. wöchentlichen Beiträgen	M. 15,55
sonstigen Einnahmen	4,85

Ausgabe in der Hauptkasse	20,40
aus den Zahlstellen eingehandelt	83396,56
an zurückgezogenen Kapitalien	9500,-

Summa M. 144646,85

Ausgabe in der Hauptkasse.

für Anfertigung verschiedener Sorten Marken	M. 219,-
das Fachorgan „Der Grundstein“	6100,-
Büro für nach Zahlstellen	8000,-
Kassenrevision in Zahlstellen	12318,08
statistische Arbeiten	108,45
ein Ausbildungsmittel zwecks Sitzung mit dem Vorstand	918,18
Beamtengehäuser und Aushilfe im Bureau	29,80
Reiseunterstützung	8314,49
Büroamiethe, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	398,76
Büchereiarbeiten: 8800 Bücher, 202 Verzeichnisse und 88 Kassenbücher	714,25
Zahlstellenstempel und Zubehör	142,80
Bücher und Schreibmaterial	94,60
Zeitungssubscriptions und Bringerlohn	11,96
Dem Streifonds überwiesen	110000,-
für Porto: 409 Pakete	M. 147,25
3285 Kreuzbandbindungen	220,17
Briefporto, Telegramme u.	
Geldberband	314,69
Verleihung d. Verbands-	
tagessammlate	67,80
Bestellgeld	52,75
Summa	M. 802,46

Summa M. 143070,73

Wisan.

Einnahme	M. 144646,35
Ausgabe	M. 143070,73
Raffenbestand	M. 1575,62

Hamburg, den 20. Juni 1901. J. Köster, Kassirer.

Revidirt und für richtig befunden von den Revisorin.

Ab. Buch, Hamburg.

Wilh. Albrecht, Hamburg.

W. Marks, Altona.

Quittung.

Für Annnoncen gingen im Monat Junt aus den Zweigvereinen ein: Düsseldorf M. —90, Bielefeld —40, Templin —30, Neukölln —20, Cunnersdorf 8,30, Bleckede —20, Esens —20, Thorn —70, Spandau —20, Steinach —20, Brandenburg 8,20, Olvenstedt —75.

Die Expedition des „Grundstein“.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, sowohl wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbefalle Mitteilung erhalten. Die Seite kostet 15 Pf.)

Berlin II. Am 18. Juni starb unser Mitglied, Kollege Karl Finke, im Alter von 35 Jahren. Am 20. Juni der Kollege Herrn. Neumann im Alter von 40 Jahren.

Bromberg. Am 24. Juni verstarb unser threuer Kollege Paul Schulz im 81. Lebensjahr an Schwindsucht.

Danzig. Am 28. Juni verstarb unser Verbandskollege Robert Liedtke nach kurzem Leiden infolge Herzfehlers durch rote Hand im Alter von 30 Jahren.

Daschow. Am 23. Juni verstarb unser Verbandskollege der Maurerarbeitermann Karl Westfahl, im Alter von 37 Jahren an Lungentuberkulose.

Rottbus. Am Donnerstag, den 20. Juni, fiel unser Verbandskollege Chr. Matschke, genannt Matto.

Wien. Samstag, 16. Juni, verstarb nach langem Leiden an der Lungentuberkulose unser Verbandskollege Georg Berger im Alter von 42 Jahren.

Rendsburg. Am 28. Juni fand unser treuer Verbandskollege Otto Meyer aus Masendorf im noch nicht ganz vollendeten 20. Lebensjahr den Tod durch Gründel.

Rixdorf. Am 25. Juni starb unser Kollege Alb. Linke an unheilbarem Herzerleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Pasewalk.

Die Vereidigung, die ich dem Centralverbande zugefügt habe, nehme ich hiermit zurück. Emil Rose.

Kassel.

Am Sonntag, den 14. Juli, Nachmittags 3 Uhr:

10jähriges Stiftungsfest

im Garten und in den Räumen des „Unten Dorf“. — Die Kollegen von Nah und Fern sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 2,40] Das Comité. J. A. Carl Junglaus.

Achtung! Dt. Lissa. **Achtung!** Am Sonnabend, den 18. Juli, findet im Saale des „Schlossberg-Restaurant“ statt. Die Kollegen von Fern und Nah werden hiermit freundlich eingeladen. [M. 2,40] Das Comité.

Pasewalk.

Am Sonntag, den 7. Juli, von Nachmittags 3 Uhr an, feiert der hiesige Zweigverein sein

★ Bierfestes Stiftungsfest ★ in den Räumen des „Schlossberg-Restaurant“. Zu reich zahlreichen Besuch laden freundlich ein. [M. 2,70] Das Festcomité.

Luckenwalde.

Den Kollegen zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 27. Juli, unter

★ Zehntes Stiftungsfest ★

bestehen in Konzert und Tanz, im Lokale des Herrn Hietze stattfinden. Anfang 8 Uhr. Eintrittskarten zum Konzert a. Person 10 Pf., Tanz 50 Pf. sind beim Vorstand zu haben. Gäste, sowie die umliegenden Zweigvereine sind freundlich eingeladen. J. A. Der Vorstand.

[M. 4,20] Der Vorstand erklärt hiermit, daß der Vorstand Dornenburg-Frankenfelde seine Karte in Ordnung hatte. D. D.

Zeitz.

Am Sonntag, den 14. Juli, Nachm. 4 Uhr, findet im „Heiteren Blok“ ein **Kränzen** statt. — Die Kollegen von Nah und Fern sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 1,80] Der Vorstand.

Versammlung x. Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 7. Juli:

Belgern. Nachm. 5 Uhr Mitgliederversammlung im Kathol. Gym. welches Woch. 1. Wo. wichtiger Tagessordnung nach alle Kollegen erscheinen. Brunshüttekoog. Mitgliederversammlung. (Vorsteher). Jeder Kollege muss erscheinen.

Granssee. Nachm. 5 Uhr im Gransseer Lokale. Befreites Treffen. Rendsburg. Nachm. 4 Uhr Generatversammlung in der Mauerherrberg. Teuchern. Nachm. 5 Uhr im „Gothaer aus Sonne“. D. D.: Abrechnung vom 2. Quartal und Ausgabe d. Protokollbücher. Alle müssen erscheinen.

Diensstag, 9. Juli:

Liegnitz. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Um jährl. reiches und pünktliches Treffen wird gebeten.

Sonntag, 13. Juli:

Neuhaldensleben. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung. Wegen wichtiger Lageordnung ist das Treffen aller Kollegen wichtig.

Sonntag, 14. Juli:

Betzig. Nachm. 5 Uhr Mitgliederversammlung. Die Kollegen werden erachtet, pünktlich zu erscheinen. Storkow. Nachm. 8 Uhr. Versammlung bei Hins. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Werder a. d. H. Nachm. 8 Uhr. Versammlung in Martin's Lokal. Befreites Treffen. Abrechnung 15 Pf. Die Kollegen werden um pünktliches Zusammensein gebeten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Aver & Co. in Hamburg.